

DPZ - Die Polizei-Zeitschrift Baden- Württemberg - Ausgabe 3-2023

Titelthema: 50 Jahre DPZ

Impressum:

Die Polizei-Zeitschrift Baden-Württemberg – DPZ

ISSN 0174-5999

Herausgeber:

Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg

Willy-Brandt-Str. 41

70173 Stuttgart

Redaktion:

Michaela Hirt

Paula Butschek

Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg

Landespolizeipräsidium,

Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit der Polizei und Koordinierung

Zentralstelle Soziale Medien

Tel.: (0711) 231-5396

lpp.oe.dpz@im.bwl.de

Inhalt

Editorial.....	4
Titelthema.....	6
50 Jahre DPZ – damals und heute.....	6
Die Polizei Baden-Württemberg nachhaltig geprägt – Zu Besuch beim Gründer der DPZ.....	9
Meine Polizei	11
„Der Mensch dahinter“ – Ausstellung zum Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte macht in Stuttgart Station	11
Unterwegs an der lächelnden Küste Afrikas – Eindrücke aus dem bilateralen Polizeiprojekt in Gambia.....	13
„Peacekeeper“ im Innenministerium gewürdigt – Empfang für im Ausland eingesetzte Beamtinnen und Beamte.....	18
Entweder-Oder-Frage? Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf dem Weg in den höheren Dienst.....	19
Baden-württembergischer „Doppelsieg“ beim Europäischen Polizeikongress – Zwei Bachelor-Arbeiten mit Zukunftspreis prämiert	25
Die Vermessung Baden-Württembergs – im Projekt „FISBW“ stehen Funkzellendaten auf einer Fläche von über 35.000 Quadratkilometer zur Aktualisierung an.....	26
Vom Schießaufkleber zur VR-Brille – Fortschritt im Einsatztraining	27
Personalveränderungen im Führungsbereich	29
Prävention	33
28. Deutscher Präventionstag in Mannheim – Rückblick auf den weltweit größten Jahreskongress für Kriminalprävention	33
Recht aktuell.....	36
„Die Rechtsprechung zur Eignung im Rahmen der Einstellung in den öffentlichen Dienst: Vom „Radikalenerlass“ im Jahr 1972 bis zur Gegenwart“	36
Aus dem Landespolizeipräsidium	39
Clip, Klick, Licht – Mobile Leuchten für die Polizei Baden-Württemberg	39
Ladekabel statt Leine – Roboterhund soll zukünftig Spezialkräfte unterstützen....	40
Aus JugIT wird BajuS - Bekämpfung der Kinder- und Jugenddelinquenz	42
Von wegen Katzenfotos – Instagram-Beitrag zum Thema Schwertransport knackt die 1-Million-Marke	45
Individualkennzeichnung für stehende geschlossene Einheiten	49
Einsatzgruppen des SEK zum Gespräch im Landespolizeipräsidium	51
Verkehr.....	53

Ohne Münzen oder Scheine – bargeldloser Zahlungsverkehr bei der Polizei Baden-Württemberg bald flächendeckend möglich	53
Sport.....	55
Sportlerehrung 2023.....	55
Aktuelle Erfolge im Spitzensport.....	57
Baden-Württembergische Erfolge bei den Deutschen Polizeimeisterschaften im Triathlon und Schießen	58
Deutsches Team gewinnt Europäische Polizeimeisterschaft im Volleyball der Herren	59

Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Irgendwann ist jetzt!

Die DPZ feiert dieser Tage ihr 50-jähriges Jubiläum. Damit ist sie mir zwar einige Jahre voraus, doch auch ich blicke inzwischen auf 41 Jahre bei der Polizei Baden-Württemberg zurück. Jahre, die im Kern geprägt waren von den Menschen, die einem begegneten, einen Teil des Weges begleiteten oder ihn auch nur kreuzten.

Die letzten beiden Jahre waren die arbeitsintensivsten und bewegtesten auf dieser Strecke. Als Landeskriminaldirektor und zuletzt Abwesenheitsvertreter des Inspektors der Polizei habe ich viele Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen geführt – wenn irgend möglich persönlich – habe alle Dienststellen und Einrichtungen besucht, war bei Dienstversammlungen. All das ging nur, weil es Menschen innerhalb und außerhalb des Landespolizeipräsidiums gab, die mich gestützt und unterstützt haben. Dafür bin ich unendlich dankbar.

Die Polizei hat einen großen Teil meines Lebens bestimmt. Und natürlich gab es in meiner langen Dienstzeit viele Dinge, die ich mitgestalten, vorantreiben und umsetzen konnte. Doch nichts davon ist so wichtig, als dass man es hier ausbreiten müsste. Alles davon war ohnehin nur im Team möglich, mit vielen engagierten Kolleginnen und Kollegen, die ich an meiner Seite wusste. Das scheint der Gründer der DPZ, Dr. Alfred Stümper, im Übrigen ebenso zu sehen, wie sich unter dem Titelthema „50 Jahre DPZ“ auf Seite 8, nachlesen lässt.

Überhaupt sind es stets die Mitarbeitenden, die unsere Polizei prägen. Nichtvollzug und Vollzug, Frauen und Männer, jung und älter, über alle Hierarchieebenen hinweg leisten sie tolle Arbeit – oft über das hinaus, was man formal tun müsste. Daher bin ich auch zutiefst überzeugt, dass sich weiterhin gemeinsam alles schaffen lässt.

Sich für unsere Gesellschaft einzusetzen, heute und morgen, ist es schließlich wert und ich glaube, dass die über 10.000 jungen Kolleginnen und Kollegen, die in den

letzten Jahren neu eingestellt wurden, sicherlich auch deshalb den Polizeiberuf wählten.

Eine davon ist meine Tochter. Wie überhaupt viele Töchter und Söhne von Kolleginnen und Kolleginnen ihren Eltern nachfolgen. Ich finde, auch das zeigt: So schlecht kann es bei uns nicht sein.

Natürlich wechseln auf der anderen Seite gerade viele Polizistinnen und Polizisten in den Ruhestand und wir verlieren damit eine Menge Erfahrung. Dennoch: Die Polizei Baden-Württemberg hat mit all den neuen jungen motivierten Kolleginnen und Kollegen eine große Chance. Sie wird jünger, weiblicher, diverser. Gut so! Manches wird ein Stück anders, vieles vielleicht auch noch besser.

Ich kann jedenfalls nun, zum Ende meiner Dienstzeit, sagen, dass ich stolz bin, Teil dieser Polizei gewesen zu sein. Und wenn man denkt, dass etwas zu Ende geht, ist es ja vielleicht auch nur der Beginn von etwas noch Größerem.

Ihnen und Euch alles Gute

Klaus Ziwey

Landeskriminaldirektor

Titelthema

50 Jahre DPZ – damals und heute

„Eine neue Zeitung liegt vor Ihnen – eine Zeitung für die Polizei in Baden-Württemberg. In den letzten Jahren ist der Dienst des Polizeibeamten immer schwieriger geworden. Und in einer Zeit voller Spannungen und Konflikte läuft die Polizei nicht selten Gefahr, zwischen die Stühle zu geraten (...).“

Mit diesen Worten hat die damalige Redaktion im September 1973 die erste Ausgabe der DPZ eingeleitet.

Das ist inzwischen ziemlich genau ein halbes Jahrhundert her. Und doch wirkt die Passage noch immer aktuell und könnte auch heute in ähnlicher Form Verwendung finden. Ansonsten hat sich aber natürlich inhaltlich so einiges verändert. Der technische Fortschritt, Veränderungen innerhalb der Organisation oder neue Aufgabenbereiche - die Polizei Baden-Württemberg hat sich mit großen Schritten weiterentwickelt. Und mit ihr die DPZ, die sich im vergangenen halben Jahrhundert mehrfach neu erfand und heute auch optisch nicht mehr mit der Erstausgabe von einst zu vergleichen ist. Zu Ehren ihres 50. Jubiläums werfen wir einen Blick auf einige der wichtigen Stationen – getreu dem Motto „50 Jahre DPZ – damals und heute“.

1973 – „Das Jahr Null“

Im September 1973 erscheint die erste Ausgabe der dpz – damals noch in Kleinschreibung und als Kürzel für „Die Polizei-Zeitung für Baden-Württemberg“ zu verstehen. Neben dem Dauerbrenner-Thema Nachwuchswerbung wurde in der ersten dpz unter anderem die Einführung mehrerer neuer Datenstationen sowie eines Sachgebiets „Informatik“ behandelt.

1983 – „Alles Gute zum 10. Geburtstag“

Passenderweise in der 10. Ausgabe des Jahres feiert die dpz ihren ersten runden Geburtstag. Wie in der Jubiläumsausgabe zu lesen ist, verabschiedete sie innerhalb

dieses Zeitraums unter anderem drei Präsidenten von Landespolizeidirektionen und erlebt bereits den vierten Innenminister. Außerdem wurden unter dem Namen der dpz bereits ein Kunst-Wettbewerb und ein Tennisturnier veranstaltet.

1991 – Von Blau zu Grün

Anfang der Neunziger wird der Kopf der dpz modernisiert. In Anlehnung an die damaligen Uniformen erfolgt eine Umstellung von einem blauen auf ein grünes Logo und auch die farbigen Akzente innerhalb der Ausgaben sind ab jetzt grün gehalten.

1998 – 25 Jahre dpz

Ein Vierteljahrhundert dpz wird in der 6. Ausgabe des Jahres 1998 gefeiert. Zu diesem Anlass ist ein Überblick über verschiedene Layouts der dpz sowie eine Collage bisheriger Schlagzeilen und Beiträge enthalten.

2004 – Es kommt Farbe ins Spiel

Im Jahr 2004 wird es bunt, denn die Polizei-Zeitung für Baden-Württemberg wird mit farbigen Abbildungen aufgewertet. Da das 25. Jubiläum der Hochschule der Polizei mit ebendieser Ausgabe zusammenfällt, werden unter anderem entsprechende Farbfotos der Jubiläumsveranstaltung gezeigt.

2008 – Von der Zeitung zur Zeitschrift

Die wohl auffälligste Veränderung erlebt die dpz im Jahr 2008 mit ihrer Umstellung von einer klassischen Zeitung zur „Polizei-Zeitschrift Baden-Württemberg“. Neben der modernen lesefreundlichen Gestaltung wird in diesem Zuge auch die Schreibweise von dpz zu DPZ geändert. Außerdem werden feste Rubriken – wie wir sie bis heute kennen – eingeführt. Dazu gehört beispielweise ein Schwerpunkt- bzw. Titelthema. Und da gerade die Erprobung der neuen, blauen Uniform beginnt, wird dieses Ereignis zum allerersten Schwerpunktthema und sorgt gleichzeitig dafür, dass fortan in der DPZ wieder vermehrt blaue Akzente zum Einsatz kommen.

2023 – heute

Ob damals oder heute, ob Zeitung oder Zeitschrift: Die DPZ hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Belegschaft der Polizei Baden-Württemberg zu informieren und die vielfältigen Bereiche, Projekte und Themen innerhalb unserer Organisation

darzustellen. In diesem Jahr haben wir als Titelthemen bereits spezialisierte Bereiche der Polizei, die neue Nachwuchswerbekampagne und – in der vorliegenden Ausgabe – den 50. Geburtstag der DPZ behandelt.

Zukunft – Ihre Ideen sind gefragt

Sie haben eine Idee für das nächste Titelthema? Sie würden gerne Ihren Bereich oder ein aktuelles Projekt vorstellen? Gestalten Sie die Zukunft der DPZ aktiv mit! Senden Sie ihre Themenvorschläge und Anregungen jederzeit an ipp.oe.dpz@im.bwl.de.

Wir freuen darauf, weitere DPZ-Ausgaben mit Ihnen und für Sie zu gestalten – Ihre DPZ-Redaktion.

Alle bisherigen DPZ-Ausgaben ab 1973 sind im Intranet unter der Rubrik Service zu finden.

Von der Druckfahne über die Diskette zur Digitalisierung – die Entstehung der DPZ im Wandel der Zeit

Neben den äußerlichen Veränderungen hat sich auch hinter den Kulissen der DPZ über die Jahrzehnte so einiges getan. Vor allem durch die zunehmende Digitalisierung wurde die Arbeit an der DPZ stark beeinflusst. Das weiß insbesondere eine Person aus erster Hand: Erste Kriminalhauptkommissarin a. D. Regina Hüser-Habel. Fast zwei Jahrzehnte lang bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 2013 war sie im Innenministerium für die DPZ zuständig und hat die baden-württembergische Polizei-Zeitung damit im wahrsten Sinne des Wortes in ein neues Jahrtausend begleitet.

Regina Hüser-Habel kann sich noch gut an den Beginn ihrer redaktionellen Tätigkeit in den neunziger Jahren erinnern. Zu dieser Zeit arbeitete man bei der DPZ-Redaktion noch mit dem aufwändigen Klebeumbruch. Texte wurden mit einer festen Anzahl an Anschlägen pro Zeile geschrieben. Die Druckerei lieferte dann die Texte in sogenannte Druckfahnen. Diese wurden im Anschluss im Klebeumbruch auf Papierbögen, die dem damaligen dpz-Zeitungsformatentsprachen, in fünf Spalten

angeordnet. „Damit begann dann die Bastelarbeit – mit Schere und Kleber – und wenn es zeitlich für den Druck pressierte, setzte sich das ganze Ö-Team zum Klebeumbruch zusammen“, berichtet Regina Hüser-Habel.

Eine Abkehr von dieser rein manuellen Art der Gestaltung ergab sich mit der Einführung eines ersten Layout-Programms. Die Wahl fiel damals auf QuarkXPress. „Es wurde also in meinem Zimmer ein Rechner mit dieser Software aufgestellt. Zunächst war dies eine gewaltige Umstellung, letzten Endes aber eine riesige Erleichterung, konnte ich doch Texte und Bilddateien so direkt verarbeiten und layouten.“ Zunächst mussten die mit QuarkXPress gefertigten Texte noch per Diskette an die zuständige Druckerei geliefert werden. Doch auch das erübrigte sich mit zunehmender Digitalisierung, und der Versand erfolgte schließlich online und ohne Zeitverzug.

„Durch den technischen Fortschritt hatten sich viele Arbeitsabläufe geändert. Aber nach wie vor blieb der Kern der redaktionellen Tätigkeit unverändert: Das Recherchieren nach Inhalten und auch gutem Bildmaterial, sich mit den verschiedenen Ressorts abzustimmen und dann die Artikel zu schreiben – das war immer wieder aufs Neue spannend und herausfordernd –manchmal auch recht arbeitsintensiv“, erzählt Regina Hüser-Habel. „Bei allem war mir aber wichtig, eine DPZ von der Polizei für die Polizei zu machen. Und das wäre ohne die gute Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen von den Dienststellen im Land nicht möglich gewesen.“

Die Polizei Baden-Württemberg nachhaltig geprägt – Zu Besuch beim Gründer der DPZ

Ob auf Papier oder auf dem Bildschirm – seit nunmehr 50 Jahren lesen mittlerweile mehrere Generationen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei Baden-Württemberg die DPZ und informieren sich über Neuigkeiten, aktuelle Themen und Projekte aus unserer Organisation. Zu verdanken ist das vor allem einer Person: Dem Erfinder und Gründer Herrn Landespolizeipräsident a. D. Dr. Alfred Stümper.

Herr Dr. Stümper hob, gemeinsam mit dem Journalisten Eduard Zimmermann (bekannt aus Aktenzeichen XY...) die DPZ im Jahr 1973 aus der Taufe und schuf damit in Baden-Württemberg eine Polizei-Zeitung, die bis heute Bestand hat. Darüber hinaus prägte Alfred Stümper in seiner Zeit als LPP die Polizei auch in anderen Bereichen maßgeblich.

Neben dem 50. Jubiläum der DPZ stand dieser Tage ein weiterer feierlicher Anlass an: der 98. Geburtstag von Herrn Dr. Stümper. Das war natürlich Grund genug für einen Besuch der Landespolizeipräsidentin Dr. Stefanie Hinz und der DPZ-Redaktion bei Herrn Dr. Stümper.

Obwohl zwischen den beiden Amtszeiten fast 50 Jahre liegen, fiel beiden im Gespräch schnell auf, dass es nach wie vor viele Themen und Bereiche gibt, die die Polizei damals wie heute in ähnlicher Weise beschäftigten. So berichtete Herr Dr. Stümper von der Einführung verschiedener polizeilicher Spezialeinheiten in den krisenhaften Siebziger Jahren, seinem Engagement im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität und der Einrichtung von Verdeckten Ermittlern. Allesamt Errungenschaften, die die Polizei Baden-Württemberg nachhaltig veränderten und heute aus der polizeilichen Arbeit nicht mehr wegzudenken sind.. Auch die organisatorische Einrichtung des Landespolizeipräsidiums selbst war das Werk von Herrn Dr. Stümper.

„Keiner ist perfekt und bei jedem laufen Dinge gut und andere laufen schief. Ich hatte wohl auch das Glück, dass Manches, das bei mir nicht so gut lief, sich am Ende in etwas Gutes umkehrte“, erzählte der Landespolizeipräsident a. D. Dabei spielte er ein Stück weit auch auf die DPZ an. Denn zunächst bestand die Idee, einer bundesweiten Polizei-Zeitung, gemeinsam mit den anderen Polizeien der Bundesrepublik. Als sich zeigte, dass dies nicht realisierbar war, wurde schließlich die Polizei-Zeitung Baden-Württemberg geboren, die bis heute fester Bestandteil der internen Öffentlichkeitsarbeit unserer Organisation ist.

Als erster Landespolizeipräsident Baden-Württembergs wagte es Alfred Stümper immer wieder, unbekannte Wege zu beschreiten und neue Projekte ins Leben zu rufen. Neben dem Mut und der Geduld, die es dafür brauchte, betonte der LPP a. D.,

dass dies alles nur im Team, gemeinsam mit seinen Mitarbeitenden, möglich war. Auch daran hat sich, wie ihm Dr. Stefanie Hinz bestätigen konnte, bis heute nichts geändert.

Übrigens: Die Polizeistiftung Baden-Württemberg wurde ebenfalls seiner Zeit von Dr. Stümper gegründet.

Auch im Namen der Polizei Baden-Württemberg sprach die Landespolizeipräsidentin Herrn Dr. Stümper beim Abschied den Dank für seinen Erfindergeist und die vielen Innovationen zum Wohle der Beschäftigten aus, die bis heute geschätzt werden. Fortgesetzt wird der Austausch dann im nächsten Jahr – zur Feier des 99. Geburtstags.

Meine Polizei

„Der Mensch dahinter“ – Ausstellung zum Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte macht in Stuttgart Station

Rund drei Jahre sind seit der „Stuttgarter Krawallnacht“ vergangen, in der Gruppierungen randalierend und teilweise plündernd durch die Innenstadt Stuttgarts zogen, Polizeifahrzeuge beschädigten und Einsatzkräfte angriffen. Trotz eines starken Kräfteaufgebots der Polizei konnte die unübersichtliche, dynamische und von Gewalt geprägte Einsatzlage erst in den frühen Morgenstunden beruhigt werden.

Da die Ausstellung „Der Mensch dahinter“ auch als Reaktion auf die Geschehnisse in Stuttgart ins Leben gerufen wurde, hat sie einen besonderen Bezug zur Landeshauptstadt von Baden-Württemberg. Und genau dort machte sie kürzlich Station.

Initiiert wurde „Der Mensch dahinter“ von Bürgerinnen und Bürgern, die damit ein Zeichen gegen Gewalt an Einsatzkräften setzen wollen. Die Wanderausstellung zeigt Fotos und Geschichten von Polizistinnen und Polizisten sowie Angehörigen weiterer

Berufsgruppen, die vermehrt von Anfeindungen betroffen sind. Dabei werden die Portraitierten von einer Seite dargestellt, die sonst nicht offensichtlich, sondern persönlicher ist – mit ihren menschlichen Erfahrungen und Beweggründen. So, wie der Ausstellungstitel es verspricht, bekommt der Besucher einen Blick auf die Person hinter der Uniform – den Mensch dahinter.

Nach der bundesweiten Eröffnung in Münster Anfang des Jahres 2022 (wir berichteten in Heft 2/22) hat die Wanderausstellung bereits in zahlreichen deutschen Städten Halt gemacht – darunter auch in zwei baden-württembergischen. Ab März 2023 war sie zunächst in Ludwigsburg und kurz darauf im Stuttgarter Rathaus zu sehen, wo sie am 19. April ihre Eröffnung feierte.

Auch der Stv. Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl zeigte sich zu diesem Anlass vom Engagement der Initiative „Respekt und Toleranz“ beeindruckt und hob hervor:

„Die zunehmende Respektlosigkeit und die Gewalt gegen Einsatzkräfte etwa der Polizei oder des Rettungsdienstes wollen und werden wir nicht tatenlos hinnehmen. Bereits jetzt investieren wir viel in die Prävention, sei es in Form der Sicherheitspartnerschaft mit der Stadt Stuttgart, die Möglichkeit zur Errichtung von Waffenverbotszonen oder Projekte in der Jugendarbeit. Gefragt ist dabei freilich auch eine tatkräftige Unterstützung aus der Mitte unserer Gesellschaft. Die Initiative Respekt und Toleranz kommt genau von dort: Von Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrem Engagement auf diesen Missstand aufmerksam machen und sich für die Gemeinschaft einsetzen. Die Initiative Respekt und Toleranz unterstützt mit ihrem Engagement unser Ziel eines gewaltfreien und respektvollen Miteinanders. Ich freue mich sehr, dass dieses Projekt nun mit der Ausstellung hier in Stuttgart Station macht.“

Unterwegs an der lächelnden Küste Afrikas – Eindrücke aus dem bilateralen Polizeiprojekt in Gambia

Es ist ein Abend Ende März auf dem internationalen Flughafen in der gambischen Hauptstadt Banjul. Obwohl es schon fast 19 Uhr ist, liegen die Temperaturen noch jenseits der 30 Grad. Das kleine westafrikanische Land bereitet ankommenden Gästen also ein, im wahrsten Sinn des Wortes, warmes Willkommen. Neben dem Wetter trifft das auch auf die Menschen zu. Sie sind freundlich und zeigen, dass das Motto des Landes „The smiling coast of Africa“ tatsächlich zutrifft. – Willkommen also an der lächelnden Küste Afrikas!

Unsere kleine Delegation der Polizei Baden-Württemberg, zu der unter anderem auch der Leiter des bilateralen Projekts, Polizeioberrat Sebastian Eisenhardt gehört, wird vom Rollfeld zum Flughafengebäude gefahren, wo wir von Polizeioberkommissar Sven Stadtrecher empfangen werden. Er ist seit 2020 für das German Police Support Team in The Gambia, kurz GPST, als Projektkoordinator vor Ort. Grund für den Besuch der Delegation ist die offizielle Übergabe mehrerer Gebäude und Ausrüstungsgegenstände an die gambischen Polizeibehörden. Außerdem sollen weitere Projektvorhaben besprochen werden.

„Na'nga def?“ – wie geht's?, werden wir auf Wolof, einer lokalen Sprache, am Einreiseschalter begrüßt. Es ist viel los in dem kleinem Raum, der notdürftig durch eine aufgestellte Klimaanlage gekühlt wird. Der Vize-Präsident ist in derselben Maschine gelandet und alle scheinen in Aufruhr. Schließlich sind die Formalitäten aber erledigt und wir fahren in die Projektunterkunft in Fajara.

Ob wir wirklich gambischen Boden erreichen würden, war bis zuletzt unklar. Denn unglücklicherweise fiel der gebuchte Flug genau auf den von der Presse als „Super-Streiktag“ bezeichneten 27. März 2023. Statt wie geplant von Frankfurt nach Brüssel und anschließend weiter nach Banjul zu fliegen, mussten wir daher für die Strecke nach Brüssel kurzfristig aufs Auto ausweichen. Doch wer eine Weile in diesem Bereich arbeitet, weiß, auch das gehört zum „Auslandsgeschäft“: Flugausfälle, Verspätungen, irgendwo festsitzen. Bestenfalls nimmt man es gelassen, zu ändern ist es in der Regel ohnehin nicht.

Der wichtigste und öffentlichkeitswirksamste Termin des mehrtägigen Arbeitsaufenthalts steht gleich am darauffolgenden Tag an: In der Police Trainings School in Yundum sollen Ausrüstung und Gebäude, die mit Projektgeldern realisiert wurden, feierlich an die gambische Polizei übergeben werden. Neben Vertretern des gambischen Innenministeriums und der Polizei – unter anderem dem stellvertretenden Polizeichef – ist auch die Leiterin des Verbindungsbüros der deutschen Botschaft in Gambia, Gabriele Boner, anwesend.

Gemeinsam mit ihr nimmt POR Eisenhardt die offizielle Übergabe der Gebäude vor: Einer Versammlungshalle, einem Unterkunftsbaus und einem Speisesaal mit Küche. Außerdem gibt er den Anwesenden einen Überblick über die bisher vom GPST umgesetzten Vorhaben. Seine Ansprache wird, wie sich zeigt, die nächsten Tage vielfach im gambischen Fernsehen zu sehen sein. Denn die lokalen Medien sind personenstark vertreten und sorgen dafür, dass beide baden-württembergische Polizeibeamte zu kleinen Berühmtheiten avancieren. Mehrfach werden sie auf der Straße von Einheimischen erkannt und freudig angesprochen.

„Uns war wichtig, dass die neuen Gebäude der Trainings School die Bedarfe der Nutzer erfüllen“, erklärt Sebastian Eisenhardt. „Daher wurden sowohl bei der Planung als auch beim Bau lokale Berater einbezogen.“ Wie erfinderisch der gambische Bautrupps dabei war, zeigt Annika Stern vom Technischen Hilfswerk (THW) auf. So haben sie unter anderem selbst Fensterglas gefertigt und Steine für das Mauerwerk hergestellt. Das THW steht den polizeiinternen gambischen Bauingenieuren im Rahmen des GPST beratend zur Seite und ist deshalb ebenfalls vor Ort.

Am Mittwoch, dem Tag nach der Übergabe, sind mehrere Besprechungen im Innenministerium und bei der lokalen Polizei anberaumt. Unter anderem fahren wir zur PIU, kurz für Police Intervention Unit, was in etwa einer Bereitschaftspolizei entspricht. Dort soll das nächste größere Bauprojekt umgesetzt werden, ein zweistöckiges Gebäude mit Büros, Besprechungsräumen und Unterkünften für 24/7-Einheiten.

Pateh Jallow, Leiter der PIU, begrüßt uns herzlich. Auch beim Bau dieses Gebäudes soll die gambische Polizei direkt eingebunden werden. Die ersten Pläne sind bereits erstellt und werden abgestimmt. Danach geht es aufs Gelände. Wo genau soll das Gebäude stehen? Wie groß wird es? Wo können die Einsatzkräfte vorübergehend

unterkommen, wenn ein Bestandgebäude abgerissen werden muss? – All das sind Fragen, die es gemeinsam zu klären gilt.

Auch der erste Bau, der nach Beginn des GPST realisiert wurde, befindet sich auf dem Gelände der PIU: ein großer Unterstand für die Fahrzeuge der Einheit. Unter diesen befinden sich auch mehrere „Riot Vans“, also gepanzerte Kleinbusse. POR Eisenhardt und POK Stadtrecher zeigen mir Beschädigungen an einem der Vans. Sie rühren von einem Aufstand in einer Polizeistation her. „So schlimm so ein Ereignis ist, sind es doch gerade solche Situationen, die uns zeigen, dass unsere Arbeit wirklich einen Unterschied macht“, sagt POR Eisenhardt. „Dank der Riot Vans waren die gambischen Polizistinnen und Polizisten geschützt, als Steine auf sie flogen.“

Nach den Besprechungen des Tages und einem kurzen Stopp in der Projektunterkunft sind wir abends bei Mustapha Ndong zum Iftar, dem traditionellen Fastenbrechen während des Ramadan, eingeladen. Mustapha ist persönlicher Referent des gambischen Polizeichefs und lebt mit seiner Familie in Tujereng. Der Ort ist ein Stück von Fajara entfernt und da es in Gambia nur wenige asphaltierte Straßen gibt und regelmäßig Tiere die Fahrbahn kreuzen, gleicht die Fahrt dorthin einem kleinen Abenteuer.

Erstmal angekommen werden wir herzlich willkommen geheißen. Auch Mustaphas Geschwister mit ihren Familien sind da. Sie leben in benachbarten Häusern. Wir sitzen alle gemeinsam auf Teppichen im Hof und unterhalten uns während des Essens über das Projekt, die gambische Polizei, aber auch über das Leben in Gambia. Es ist gesellig und das Essen das beste des gesamten Aufenthalts. Im Anschluss gibt es noch Ataja, eine Art starken Grüntee, der traditionell in Westafrika getrunken wird.

Tags darauf, am Donnerstag, geht es ins Polizei-Hauptquartier in Banjul. Dort findet zunächst ein Treffen mit Tamsir Jasseh, dem sogenannten „Police Advisor“, statt. In seiner Rolle ist er dafür zuständig, die Polizei unabhängig zu beraten und sich regelmäßig zum Beispiel mit dem Polizeichef auszutauschen. Einer von dessen Stellvertretern treffen wir im Anschluss, Assistant Inspector General Ebrima Bah. Unter anderem ist eine bevorstehende Delegationsreise im Mai Thema, in deren Rahmen Vertreter der gambischen Polizei nach Baden-Württemberg reisen werden.

Neben dem Besuch verschiedener Polizeidienststellen, wie dem Polizeipräsidium Einsatz und einem Führungs- und Lagezentrum, findet währenddessen auch der Auftakt-Workshop für ein neues Projektvorhaben statt: Die Entwicklung eines Auswahl- und Einstellungsverfahrens für die gambische Polizei. Ein weiteres Projektziel besteht außerdem darin, durch ein ganzheitliches Verkehrskonzept die Verkehrssicherheit in Gambia zu verbessern. Daher wird die Delegation auch eine Verkehrspolizeiinspektion besuchen.

Bevor wir nach Fajara zurückfahren, schließen wir unseren Aufenthalt in der Hauptstadt noch mit einem kurzen Streifzug über den nahegelegenen Royal Albert Market ab, einem typisch gambischen Straßenmarkt. Planen und Tücher schützen die Marktstände vor der Sonne und während wir uns durch die schummerigen Gänge schlängeln, bieten uns die Händler allerlei Waren an. Wir werden von einem lokalen Polizeibeamten begleitet, doch wieder sind alle sehr freundlich. Teilweise werden wir sogar auf deutsch angesprochen, mit einem „Guten Tag“ oder „Deutsche Polizei“.

Nachdem wir den Markt verlassen haben, nehmen wir einen anderen Weg zurück und kommen an einer Art kleiner Siedlung mit rudimentären Wellblechhütten am Strand vorbei – auch das ist ein Gesicht Gambias. Kinder kommen auf uns zu und fragen nach „Minti“, Wolof für Süßigkeit. An dem Strand stehen außerdem verschiedene selbstgebaute Holzboote. Die größeren, erklärt Sven Stadtrecher, werden immer wieder zur Überfahrt in Richtung Europa verwendet. Mit dieser Art Boot aufs offene Meer? – für uns kaum vorstellbar.

Am Abend dann wieder ganz andere Eindrücke: Wir sind zum „Get Together“ der British High Commission eingeladen, die als diplomatische Vertretung in Commonwealth-Ländern in etwa einer Botschaft entspricht. Insbesondere viele Auslandsmitarbeitende verschiedenster Organisationen nutzen regelmäßig die Gelegenheit, um sich auszutauschen. Auch diesmal sind von Vertretenden der EU bis hin zu FRONTEX viele unterschiedliche Gäste darunter.

Gemein ist ihnen allen, dass sie Gambia nicht wie Touristen der weitläufigen Strände und schönen Natur wegen besuchen. Für die Angehörigen des GPST gehen mit ihrer Arbeit neben Einblicken in die gambische Polizeiarbeit nämlich vor allem auch viele Eindrücke der Kultur und des Lebens in Gambia einher. Sicherlich gehören dazu die schönen und weniger schönen Seiten des Landes, das zu den ärmsten der Welt zählt. Und sicherlich wird es für das GPST auch in Zukunft weiter viel zu tun geben.

Dabei ist sicherlich von großer Bedeutung, dass sich das Engagement schon heute sichtbar auszahlt.

Das ist auch für Projektleiter Sebastian Eisenhardt immer wieder Ansporn: „Wenn ich hier in Gambia bin, freue ich mich jedes Mal, wenn ich auf der Straße einen gambischen Kollegen mit einer Schutzweste sehe, die mit Projektgeldern beschafft wurde. Oder wenn mir auffällt, dass Verhaltensempfehlungen, die wir geschult haben, umgesetzt werden. Das sind Zeichen dafür, dass unsere Unterstützung unmittelbar ankommt und Wirkung zeigt.“

Mit diesen Eindrücken von großer Armut, besonderer Gastfreundschaft und vor allem sehr viel Dankbarkeit für die Hilfe aus Baden-Württemberg reisen wir als Delegation schließlich wieder zurück nach Deutschland.

Das German Police Support Team in the Gambia (GPST) besteht seit 2018 als bilaterales Polizeiprojekt unter Federführung der Polizei Baden-Württemberg.

Projektpartner ist das Landespolizeipräsidium, mit der Projektentwicklung und -durchführung wurde der Institutsbereich Polizeiliche Auslandseinsätze der Hochschule für Polizei beauftragt.

Ziel des Projekts ist die Unterstützung und Professionalisierung der gambischen Polizei mittels Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, dem Bau von Gebäuden und der Bereitstellung von Ausrüstung. Darüber hinaus soll das Projekt dazu beitragen, rechtsstaatliche Strukturen zu festigen und Fluchtursachen zu reduzieren.

Das Auswärtige Amt stellt im Jahr 2023 zu diesem Zweck rund 1,8 Mio. Euro aus Bundesmitteln zur Verfügung.

„Peacekeeper“ im Innenministerium gewürdigt – Empfang für im Ausland eingesetzte Beamtinnen und Beamte

Fragt man eine Polizistin oder einen Polizisten in Baden-Württemberg nach dem Dienort, rechnet man vermutlich nicht mit Antworten wie Kabul, Pristina oder Tiflis. Sicherlich stellt das die Ausnahme dar, doch in den Reihen der Landespolizei finden sich auch Kolleginnen und Kollegen, die ihren Dienst fernab der Heimat verrichten. Im Rahmen internationaler Friedensmissionen sorgen sie in Ländern für mehr Sicherheit, die von innerstaatlichen Konflikten und Krisen betroffen sind,.

Am 22. Juni drehte sich im Innenministerium alles um diese als „Peacekeeper“ bezeichneten Beamtinnen und Beamten. Sie waren an diesem Tag von der Landespolizeipräsidentin Dr. Stefanie Hinz nach Stuttgart eingeladen worden. Zusammen mit Staatssekretär Wilfried Klenk würdigte die Landespolizeipräsidentin das besondere Engagement der „Heimkehrenden“. Auch die Leitungen der Polizeipräsidien waren unter den Gästen.

Insgesamt 79 Angehörige der Polizei Baden-Württemberg, die in den letzten vier Jahren in Auslandsmissionen eingesetzt waren, wurden bei der traditionellen Feierstunde gewürdigt. Neben den Vereinten Nationen und der Europäischen Union waren sie bei ihren Missionen auch für die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie für bilaterale Polizeiprojekte und die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) tätig.

„Die Sicherheitslage und die Bedingungen, mit denen die Kolleginnen und Kollegen vor Ort umgehen müssen, sind oft alles andere als einfach. Es erfordert große Flexibilität, Eigeninitiative und nicht zuletzt interkulturelle Kompetenz. Hierfür gebührt Ihnen großer Respekt und unser Dank. Mit diesem Engagement tragen wir als Polizei Baden-Württemberg einen Teil zur Friedenssicherung in der Welt bei“, so Landespolizeipräsidentin Dr. Stefanie Hinz bei der Veranstaltung.

- Die Polizei Baden-Württemberg beteiligt sich seit 1994 an internationalen Friedensmissionen.
- Zu den Aufgaben der Einsatzkräfte gehören die Beratung von Führungskräften dortiger Sicherheitsbehörden, die Aus- und Fortbildung

örtlicher Polizeikräfte, die Überwachung von Friedensprozessen in Grenzregionen sowie die Eindämmung der Schleusungskriminalität und illegalen Migration.

- Weltweit sind derzeit 13 baden-württembergische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in internationalen Polizeieinsätzen im Kosovo, in Albanien, Armenien, in der Republik Moldau, der Ukraine, in Georgien, in den palästinensischen Gebieten und in Somalia eingebunden.

Entweder-Oder-Frage? Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf dem Weg in den höheren Dienst

Von 2020 bis 2022 hat Polizeirätin Jasmin Palmer ihr Masterstudium für den höheren Polizeivollzugsdienst absolviert – und das unterbrechungsfrei, trotz Schwangerschaft im ersten Studienjahr. Nach der Geburt ihres Kindes haben sie und ihr Mann einen Weg gewählt, der bisher noch die Ausnahme ist. Wie sie die Zeit erlebt hat, welche Herausforderungen es gab und welche Tipps sie anderen geben würde, berichtet Jasmin Palmer im DPZ-Interview.

DPZ: Jasmin, kannst du zunächst etwas zu eurer familiären Situation während deines Masterstudiums erzählen und wie ihr euch organisiert habt?

Jasmin Palmer: Sehr gerne. Vorneweg: Das Masterstudium für den höheren Polizeivollzugsdienst dauert zwei Jahre. Davon wird das erste Jahr dezentral an der Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen (HfPolBW) und das zweite zentral an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster-Hiltrup (DHPol) absolviert.

Ich bin im ersten Studienjahr schwanger geworden, bekam unser Kind – passenderweise – in der Sommerpause von fünf Wochen und habe danach ohne Unterbrechung weiterstudiert. Soweit mir bekannt ist, hatte es das bis dato so noch nicht gegeben. Zumindest kenne ich keine andere Polizeibeamtin, die es ebenso gemacht hat. Es gibt aber immer wieder Kolleginnen, die nach einer Pause wieder einsteigen und Partner und Kind nach Hiltrup mitnehmen oder welche, die das

Modell der meisten Familienväter wählen und Woche für Woche alleine an die DHPol pendeln.

Mein Mann, der selbst Polizeibeamter in Baden-Württemberg ist, hat ab der Geburt unserer Tochter 14 Monate Elternzeit genommen. Als sie fünf Wochen alt war, ging für mich das Studium in Villingen-Schwenningen weiter. Dorthin bin ich täglich rund eine Stunde pro Strecke gependelt und als sie circa drei Monate alt war, sind wir drei gemeinsam nach Münster. Dort haben wir ein Familienzimmer auf dem Campus bezogen. Wir waren sehr froh über diese Möglichkeit, letztendlich handelt es sich aber nur um ein großes Zimmer kleinem Bad und Miniküche – sportlich, aber machbar.

War für euch von Anfang an klar, dass ihr das so handhaben werdet?

Ja, das haben mein Mann und ich gemeinsam so geplant. Letztlich war es aber erst einmal nur das: ein Plan. Wir wussten nicht, ob es klappt. Es war uns aber wichtig, es zu versuchen. Gerade auch, weil mir kein identischer Fall bekannt war und ich über die Jahre viele gute Kolleginnen kennengelernt habe, die den Weg in den höheren Dienst aufgrund der Familienplanung nicht weitergegangen sind, was ich in einigen Fällen für unsere Organisation wirklich bedauere. Natürlich ist es vollkommen okay, sich anders zu entscheiden. Und darüber hinaus finde ich auch die Möglichkeit, das Studium zu unterbrechen, gut. Es gab für uns aber zwei Gründe, die für unser Modell sprachen:

Der eine war, dass wir wussten, ich werde früher oder später das Jahr in Münster absolvieren müssen und allein nach NRW zu gehen wäre für mich nicht denkbar gewesen. Hätte ich das Studium erst später weitergeführt, wäre unsere Tochter aber schon wesentlich älter gewesen. Das hätte die Situation deutlich geändert – zum Beispiel unseren Platzbedarf, aber auch ihre Ansprüche im Vergleich zum Säuglingsalter. Der zweite Grund war ein finanzieller. Die Zeitspanne, in der man Elterngeld bekommt, ist nun mal begrenzt. Hätte ich ein Jahr Elternzeit genommen und anschließend mein Mann noch eines, um mit nach Münster zu kommen, wäre das nur mit noch größeren finanziellen Einbußen möglich gewesen. Unterm Strich

kann ich jedoch vorwegnehmen, dass es zwar Herausforderungen gab, aber dass sowohl mein Mann als auch ich es immer wieder so machen würden.

Toll, dass ihr ein generell positives Fazit zieht. Kannst du erzählen, was aus deiner Sicht besonders gut geklappt hat?

Was meiner Meinung nach super funktioniert hat, war das „Papa-Sein“. Ich muss zugeben, dass es mir am Anfang schwerfiel, komplett loszulassen. Das wurde aber immer besser. Manchmal war ich mir dann trotz des herausfordernden Studiums nicht sicher, wer von uns beiden den härteren Job hat und bin sehr stolz auf meinen Mann.

Wir hatten außerdem das Glück, dass unsere Tochter sehr flexibel war. Wäre das nicht der Fall gewesen und sie hätte unter unserem Modell gelitten, hätten wir sofort die Reißleine gezogen. Damit beziehe ich mich zum Beispiel auf langen Autofahrten von und nach Münster alle paar Wochen. Man darf nämlich nicht vergessen, dass man auch zu Hause Verpflichtungen hat wie die Wohnung, den Kinderarzt oder auch mal Familie und Freunde sehen will – gerade mit Kind.

Welche Aspekte waren besonders herausfordernd für dich?

Vor allem die „Hochphasen“ im Studium, in denen die Vorlesungspläne voll waren, Hausarbeiten und Klausuren zeitgleich anstanden. Da sind die meisten an ihr Limit gekommen. Mit Familie ist die Situation aber nochmal anders. Da muss man lernen, Prioritäten zu setzen und die eigenen Ansprüche ein Stück weit herunterschrauben.

Ich habe dann zum Beispiel festgelegt, dass für mich nach den Vorlesungen die Familie an erster Stelle steht. Erst wenn die Kleine im Bett ist, wird nochmal gearbeitet. Außerdem war das Wochenende soweit es ging immer Familienzeit und wir haben gemeinsam das Münsterland erkundet. Dafür habe ich auf jeder Autofahrt an meinem „mobilen Arbeitsplatz“ auf dem Rücksitz etwas fürs Studium getan und nebenher das Baby versorgt. Das ging aber nur, weil mein Mann komplett am Steuer saß und mir beim Lesen im Auto nicht schlecht wird (lacht).

Die Familienzeit am Wochenende war sicher etwas, das durch stressige Zeiten geholfen hat. Welche weiteren Dinge haben dich motiviert?

Mir hat die Erkenntnis geholfen, dass eigentlich alle in einer ähnlichen Situation sind. Unser System sieht vor, dass man einige Jahre im gehobenen Polizeivollzugsdienst arbeitet, bevor man das Masterstudium antreten kann. Es fällt damit zwangsläufig in eine Lebensphase, in der viele Studierende private Verpflichtungen haben – seien es Kinder, pflegebedürftige Angehörige, ein Hausbau, Hund oder Pferd. Somit gehört eine gewisse Organisation einfach dazu. Das hat mich ein Stück weit geerdet und motiviert, zu sagen, wenn die anderen das hinbekommen, dann ich auch.

Außerdem hatten wir das Glück, dass noch eine Familie aus Berlin auf dem Campus war mit demselben Modell – so hatten wir alle Drei jemanden zum Austausch bzw. zum Spielen.

Gab es Hürden oder Erschwernisse, von denen du dir gerade für zukünftige Studierende wünschen würdest, dass sie abgebaut werden?

Ich denke, man hat gerade während Corona gesehen, wie viel möglich ist im Hinblick auf Onlinevorlesungen und hybride Lehrveranstaltungen. Natürlich ist das Vernetzen vor Ort extrem wichtig. Aber die Flexibilität, gerade für Studierende mit Familie, wäre wesentlich höher, wenn es noch mehr Möglichkeiten gäbe, an ausgewählten Veranstaltungen online teilzunehmen – natürlich nur an solchen, die inhaltlich dafür geeignet sind. Eine weitere Sache, die die Vereinbarkeit von Studium und Familie verbessern würde, wäre die Einteilung der Module in Präsenz- und Online-Blöcke von jeweils einigen Wochen. Hierbei unterliegt die DHPol studienorganisatorischen Einschränkungen, gleichzeitig ist sie jedoch sicherlich um Lösungen bemüht und hat Verständnis für die persönlichen Belange der Studierenden. Inzwischen finden die Vorlesungen wohl freitags bereits regelmäßig im Onlineformat statt.

Unsere HfPolBW unterstützt ihre Studierenden bei Bedarf zudem mit individuellen pragmatischen Lösungen und im Bachelorstudium wird bereits seit Jahren eine familienfreundliche Studiengruppe angeboten.

Alles in allem merkt man meiner Meinung nach, dass sich das ein oder andere im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in unserer Organisation tut.

Gibt es – neben den Ratschlägen, die bereits angeklungen sind – weitere, die du insbesondere Kolleginnen und Kollegen mitgeben möchtest, die das Thema Vereinbarkeit von Masterstudium und Familie beschäftigt?

Was ich für mich mitgenommen habe, ist: Wenn man will, gibt es Wege. Wenn man sich selbst gar nicht in der Rolle sieht und etwa lieber Vollzeit-Mama oder -Papa sein möchte, dann ist das genauso in Ordnung. Ich kann aber nur alle, die wirklich in den höheren Dienst wollen, ermutigen, den Weg zu gehen – auch wenn parallel die Familienplanung oder ähnliches ansteht. Es gibt viele Möglichkeiten, seien es offizielle Unterstützungsangebote oder individuelle Lösungen, die einem helfen. Und immer, wenn jemand etwas Neues ausprobiert, führt das zu Verbesserungen!

Wie hat euer Umfeld auf euer „Modell“ reagiert?

Wir hatten die unterschiedlichsten Resonanzen. Viele waren neugierig, andere wiederum ganz neutral eingestellt. Zweiteres fand ich persönlich sehr angenehm, denn auch ich wollte kein allzu großes Thema aus etwas machen, das eigentlich in erster Linie eine persönliche, familiäre Entscheidung war.

Dagegen gab es leider auch viele negative Reaktionen, durch die wir gemerkt haben, dass die Rollenbilder in unserer Gesellschaft oft noch recht konservativ sind. Damit beziehe ich mich nicht im Speziellen auf die Polizei, sondern auf die gesellschaftliche Meinung allgemein. Einige Äußerungen haben uns ziemlich geschockt. Sie haben sich sowohl gegen mich als Mutter, die so schnell wieder beruflich einsteigt, als auch gegen meinen Mann, der so lange Elternzeit nimmt, gerichtet. Dass sich heute noch einige daran stören, hätten wir im Vorfeld nicht für möglich gehalten.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass die strukturellen Unterstützungsangebote und die gesetzlichen Rahmenbedingungen ganz gut sind, aber das Mindset vieler Menschen sich noch ändern sollte – vor allem in die Richtung „leben und leben lassen“.

Inzwischen hast du dein Studium abgeschlossen und leitest das Institutsbüro mit Zentraler Koordinierungsstelle für Fortbildung am Institut für Fortbildung der HfPoIBW mit etwa 70 Mitarbeitenden. Dein Mann ist im Streifendienst. Wie habt ihr euch in dieser wiederum neuen Situation aufgestellt?

Inzwischen sind wir alle drei seit fast einem Jahr in Vollzeit tätig – mein Mann im Schichtdienst, ich im Tagesdienst und unsere Kleine in der Kita. Hierzu werden wir oft gefragt, wie dadurch die Beziehung zu unserem Kind sei. Und ich kann offen und ehrlich sagen: Sie könnte nicht besser sein! Ein Kind spürt die Elternliebe, auch wenn man nicht 24 Stunden beisammen ist – es kommt auf die Qualität, nicht die Quantität an.

Jasmin, vielen Dank, dass du uns so viele Informationen, aber auch persönliche Einblicke gegeben hast. Gibt es zum Ende noch etwas, das du den Leserinnen und Lesern mitgeben möchtest?

Abseits aller Tipps und möglicher Vor- und Nachteile verschiedener Modelle plädiere ich dafür, mutig zu sein. Es braucht Mut, um neue Konstellationen auszuprobieren und damit einerseits passende Lösungen für individuelle familiäre und berufliche Situationen zu finden, andererseits aber auch (mentale) Hürden abzubauen und dazu beizutragen, dass sich unsere Organisation und Gesellschaft kontinuierlich weiterentwickelt.

„Aus meiner Sicht gibt es absolut keinen Grund, weshalb man als Mann nicht in Eltern- oder auch Teilzeit gehen sollte. Mit unserem Familienmodell haben wir gute Erfahrungen gemacht, weshalb wir dieses bei unserem zweiten Kind, das gerade auf dem Weg ist, auch wieder so machen werden.“

Benjamin Palmer

Baden-württembergischer „Doppelsieg“ beim Europäischen Polizeikongress – Zwei Bachelor-Arbeiten mit Zukunftspreis prämiert

Exzellente – so lautete die Jurybewertung des diesjährigen Zukunftspreises des Europäischen Polizeikongresses für gleich zwei Bachelor-Arbeiten aus den Reihen der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg.

Die Arbeiten der beiden Absolventen des 42. Studienjahrgangs, Polizeioberkommissar Michael Wurmitsch und Polizeioberkommissar Florian Wissert, wurden im Vorfeld zu dem Fachkongress unter die besten eingesendeten gewählt. Daher durften auch beide zur Preisverleihung in die Bundeshauptstadt reisen. Begleitet wurden sie von ihrem damaligen Erstbetreuer Polizeioberrat Jan Schmidt.

Der Zukunftspreis wird jährlich im Zuge des Europäischen Polizeikongresses in Berlin an herausragende, innovative Abschlussarbeiten aus dem Polizeibereich verliehen. Der erste Platz ist mit 1.500 Euro und der zweite mit 700 Euro dotiert.

Im Rahmen des diesjährigen Kongresses am 3. und 4. Mai durften die beiden baden-württembergischen Polizeibeamten ihre Bachelorarbeiten dem Fachpublikum präsentieren und stellten sich zudem vor der offiziellen Preisverleihung den Fragen der Jury.

POK Michael Wurmitsch, Polizeipräsidium Aalen, beschäftigte sich bei seiner Arbeit mit dem Thema „Digitalisierung der Kräfftesammelstelle – Einbindung des PoliPhone in das Kräfftemanagement bei Sofortlagen.“ Er erzielte den ersten Platz, den er aus den Händen der Berliner Innensenatorin Iris Spanger entgegennehmen durfte.

POK Florian Wissert vom Polizeipräsidium Freiburg erhielt den zweiten Preis für seine Arbeit mit Titel „Einsatzunterstützung durch eine einsatzbegleitende Social Media-Analyse sowie die Nutzung öffentlich zugänglicher Quellen des Internets beim Polizeipräsidium Freiburg“. Ihm überreichte der brandenburgische Innenminister Michael Stübgen seine Auszeichnung.

Bereits unmittelbar nach der Preisverleihung wurden die beiden Geehrten nicht nur von den anwesenden Pressevertretern mit Interviewanfragen überschüttet. Auch zahlreiche Vertreter der entsprechenden Fachbereiche aus Bund und Ländern hatten Fragen, so dass sie in den folgenden Wochen noch vielfach auf die Ergebnisse ihrer Bachelorarbeiten eingehen durften.

Wir gratulieren POK Wurmitsch und POK Wissert herzlich zu diesen Erfolgen!

Die Vermessung Baden-Württembergs – im Projekt „FISBW“ stehen Funkzellendaten auf einer Fläche von über 35.000 Quadratkilometer zur Aktualisierung an

Die baden-württembergische Polizei hat sich einiges vorgenommen: Bis nächstes Jahr soll nahezu die gesamte Fläche des Bundeslandes funkzellentechnisch neu vermessen werden. Dabei geht es um sage und schreibe 35.676 Quadratkilometer. Dieser Schritt ist notwendig, da die letzte Vermessung durch die damaligen Polizeidirektionen rund zehn Jahre zurückliegt und sich seitdem technologisch im Mobilfunknetz sehr viel verändert hat.

Funkzellendaten liefern einen realen Mehrwert für die polizeiliche Arbeit. Sie werden beispielsweise genutzt, um vermisste Personen schnell lokalisieren zu können und müssen daher möglichst genau sein. Außerdem ist der Datenbestand in das polizeiliche Einsatzleitsystem Viadux sowie in die Auswerteoberfläche der TKÜ-Anlage integriert, sodass sich beispielsweise Geo-Positionen überwachter Anschlüsse im Mobilfunknetz anzeigen lassen. Darüber hinaus greifen die Polizeihubschrauber ebenso auf die Daten zurück.

Da die Netzbetreiber leider keine exakten Karten ihres Mobilfunknetzes liefern können, hat das Landeskriminalamt BW ein entsprechendes Projekt ins Leben gerufen, in dessen Rahmen die Flächenpräsidien nach und nach neu vermessen werden. Das Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei stellt dem jeweiligen

Präsidium hierzu allradbetriebene Messfahrzeuge zur Verfügung, mit denen diese die entsprechenden Bereiche abfahren sollen.

Technisch gesehen gestaltet sich das recht einfach. Die Fahrzeuge sind mit einem Tablet ausgestattet, das – wie auch das Messgerät selbst – automatisch hochfährt, wenn der Motor gestartet wird. Die Fahrerinnen und Fahrer müssen sich also nicht um den Betrieb des Messgeräts kümmern und können sich darüber hinaus an der Karte auf dem Tablet orientieren, um alle notwendigen Bereiche zu berücksichtigen.

Einige Polizeipräsidien haben die Vermessung bereits beendet. Weitere folgen sukzessive in den nächsten Monaten, bis das Projekt voraussichtlich im dritten Quartal 2024 abgeschlossen sein wird. Bereits jetzt profitiert die Polizei Baden-Württemberg bei der Einsatzbewältigung und bei der Kriminalitätsbekämpfung von den aktualisierten Funkzellendaten – Tendenz steigend!

Vom Schießaufkleber zur VR-Brille – Fortschritt im Einsatztraining

Wissen Sie, was Schießaufkleber sind? Falls ja, gehören Sie möglicherweise zu den Kolleginnen und Kollegen, die die Zeit des „analogen“ Schießtrainings noch miterlebt haben. Früher wurden Durchschüsse in den Schießscheiben nämlich mit Aufklebern bedeckt, sodass der nächste, der an der Reihe war, sein Training mit einer unversehrten Scheibe beginnen konnte. Seitdem hat sich viel getan. Und auch die übrigen Bereiche des Einsatztrainings (ET) haben sich in vielerlei Hinsicht weiterentwickelt. Passend zum Motto „damals und heute“ geben wir einige pointierte Einblicke in dessen Entwicklung.

Ob Schießen bei ungünstigen Lichtverhältnissen oder Training des sogenannten „Notschusses“ – dank moderner, interaktiver Schießtrainingsanlagen ist das heute alles kein Problem mehr. Doch das war nicht immer so. Zu Anfang wurde das Schießen mittels eingangs erwähnter Scheiben geübt. Bis zu seiner heutigen Form gab es einige Entwicklungsstufen.

Manche Dinge ändern sich nie. Denn ob damals oder heute: beim Abwehr- und Zugriffstraining kamen und kommen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ordentlich ins Schwitzen. Doch natürlich fand auch in diesem Bereich eine Veränderung statt, beispielsweise bei der Ausstattung und den Trainingsräumlichkeiten.

Einen regelrechten Quantensprung erfuhr das Erste-Hilfe Training. Lagen früher Reanimationsmaßnahmen im Vordergrund, wurden nach den Einsatzerfahrungen im Zusammenhang mit Amoktaten die ersten Weichen für eine schnelle Verwundetenversorgung gestellt. Seit den Terroranschlägen in den Jahren 2015 und 2016 werden Polizistinnen und Polizisten für lebensbedrohliche Einsatzlagen in Sofortmaßnahmen und speziell in der taktischen Verwundetenversorgung geschult.

Schon sehr früh erkannte man, dass auch psychologische Faktoren eine wichtige Rolle spielen. Zunächst wurden daher die Einsatztrainerinnen und Einsatztrainer von den Konfliktberaterinnen und Konfliktberatern der Polizei Baden-Württemberg bei ihren Trainingsveranstaltungen unterstützt. Auf diese Weise schuf man die Grundlagen für das 2013 gemeinsam eingeführte Schwerpunktthema „Gewalt gegen Polizeibeamte“ und das „Training psychologischer Einsatzkompetenz“ (TPE). Beide gehören heute zum ET-Standard-Repertoire.

Technische Entwicklungen, allen voran Virtual Reality, spielen mittlerweile eine immer wichtigere Rolle. So können sie beispielsweise für ein besonders realistisches Fahrsicherheitstraining genutzt werden. Was in Zukunft gerade in diesem Gebiet noch kommt? – Es bleibt spannend.

„Als ich die Geschäftsstelle Einsatztraining übernahm, wurde das ET von vielen Polizeiführern noch eher kritisch betrachtet. Im Vordergrund für die Skeptiker stand der „hohe“ Zeitaufwand. Man hat aber gesehen, wie seine Wertigkeit mit zunehmender Fortbildung der Einsatzkräfte auf den Revieren – gerade im Zusammenhang mit Amoklagen – stieg. Es wurde außerdem mehr und mehr Wert auf die Beschaffung moderner Trainingsmittel, wie etwa Farbmarkierungswaffen, gelegt, was wiederum die Akzeptanz steigerte. Schließlich durften wir an der Entwicklung der Zusatzausstattung nach dem Amoklauf in Winnenden aktiv mitwirken und zum Ende meiner Amtszeit war es normal, dass wir in allen

Arbeitsgruppen vertreten waren, die sich mit neuen Führungs- und Einsatzmitteln befassen. Das finde ich gut und wichtig.“

EPHK a. D. Heinz-Joachim Herzig über seine Zeit bei der Geschäftsstelle Einsatztraining, die 2004 bei der Bereitschaftspolizei Göppingen ins Leben gerufen wurde und die er bis zu seiner Pensionierung 2013 leitete.

Personalveränderungen im Führungsbereich

Polizeipräsidium Karlsruhe – Hans Matheis

1976 Eintritt in den Polizeivollzugsdienst

1994 Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst

2000 Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst

2000 Landespolizeidirektion Karlsruhe, Leiter der Gemeinsamen Ermittlungsgruppe Rauschgift

2007 Regierungspräsidium Karlsruhe, Abteilung 6, Referat 65, Leiter der Gemeinsamen Ermittlungsgruppe Rauschgift

2009 Landeskriminalamt BW, stellvertretender Leiter der Abteilung 5, Leiter der Führungsgruppe und Leiter der Inspektion 360 – Führungs- und Lagezentrum

2014 Landeskriminalamt BW, Abteilung 6 – Staatsschutz, Leiter der Führungsgruppe

2015 Landeskriminalamt BW, Leiter der Abteilung 6

2019 Polizeipräsidium Karlsruhe, stellvertretender Leiter der Dienststelle und Leiter des Führungs- und Einsatzstabes

August 2023 Eintritt in den Ruhestand

Polizeipräsidium Einsatz – Bernd-Michael Sorg

1992 Eintritt in den Polizeivollzugsdienst

1998 Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst

2005 Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst

2005 Innenministerium BW, Referat 32 – Referent im Sachbereich Prävention

2006 Landeskriminalamt BW, Inspektion 410, Leiter GER Stuttgart

2008 Innenministerium BW, Referat 32 – Referent im Sachbereich
Kriminalitätsbekämpfung in besonderen Fällen

2011 Führungsakademie BW

2012 Innenministerium BW, Projektstab Polizeireform

2014 Polizeipräsidium Einsatz, Direktion Spezialeinheiten

2019 Innenministerium BW, Referat 32 – Kriminalitätsbekämpfung, Prävention,
Kriminologie sowie europäische und internationale Angelegenheiten – zuletzt als
kommissarischer Leiter

Juli 2023 Polizeipräsidium Einsatz, stellvertretender Leiter der Dienststelle

Polizeipräsidium Heilbronn – Thomas Schöllhammer

1981 Eintritt in den Polizeivollzugsdienst

1988 Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst

1998 Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst

1998 Polizeidirektion Waiblingen, Inspektionsleiter Ermittlungen

2000 Landeskriminalamt BW, Leiter der Inspektion 320 – Operative
Einsatzunterstützung

2006 Polizeidirektion Waiblingen, Leiter der Kriminalpolizei

2016 Polizeipräsidium Heilbronn, Leiter der Kriminalpolizeidirektion

2021 Polizeipräsidium Heilbronn, stellvertretender Leiter der Dienststelle

Juni 2023 Eintritt in den Ruhestand

Landespolizeipräsidium – Klaus Ziwey

1982 Eintritt in den Polizeivollzugsdienst

1990 Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst

1996 Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst

1996 LPD Stuttgart II, Dezernatsleiter und stellvertretender Inspektionsleiter

1997 Landeskriminalamt BW, Leiter Inspektion 410

2006 Innenministerium BW, Referat 32 – Referent im Sachbereich
Kriminalitätsbekämpfung, Prävention, Kriminologie sowie europäische und
internationale Angelegenheiten

2009 Innenministerium BW, Abwesenheitsvertreter des Landeskriminaldirektors

2011 Landeskriminalamt BW, Ständiger Vertreter des Präsidenten

2014 Landeskriminalamt BW, Vizepräsident

2017 Innenministerium BW, Leiter Referat 32 – Kriminalitätsbekämpfung, Prävention,
Kriminologie sowie europäische und internationale Angelegenheiten

Ab 2018 Innenministerium BW, Landeskriminaldirektor

Ab 2021 Wahrnehmung der Aufgaben des Inspektors der Polizei

September 2023 Eintritt in den Ruhestand

Prävention

28. Deutscher Präventionstag in Mannheim – Rückblick auf den weltweit größten Jahreskongress für Kriminalprävention

Unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Winfried Kretschmann waren das Land Baden-Württemberg und die Stadt Mannheim am 12. und 13. Juni 2023 gemeinsam Gastgeber des diesjährigen Deutschen Präventionstages, kurz DPT. „Krisen und Prävention“ – so lautete das Motto des Kongresses, bei dem sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu Wahrnehmungen, Auswirkungen und präventiven Lösungsansätzen aktueller Krisen austauschten.

Damit ging der diesjährige DPT deutlich über die „klassischen“ Präventionsthemen, wie etwa die Gewalt-, Sucht- oder Verkehrsprävention hinaus und trug der Tatsache Rechnung, dass viele der gegenwärtig großen Herausforderungen die gesamte Gesellschaft betreffen. Hierunter fallen beispielsweise Pandemie, Klimawandel und Inflation, aber auch Migration, Energieknappheit sowie Krieg.

Dem Deutschen Präventionstag kommt als Fachkongress für das Gebiet der Kriminalprävention seit jeher eine große Bedeutung zu. In diesem Jahr wurden bei dem Symposium, das sich in erster Linie an ein Fachpublikum wendet, erstmalig auch Lehrkräfte, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eingebunden. Im Mannheimer Kongresszentrum Rosengarten boten sich allen umfassende Einblicke in aktuelle Herausforderungen und Chancen der Präventionsarbeit.

Dass der DPT eine vielschichtige Veranstaltung ist, die unterschiedliche aktuelle Themen und Phänomene aufgreift, zeigte sich bereits beim Eröffnungsplenum: Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Stephan Harbarth, der Stv. Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl, der damalige Mannheimer Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz und Prof. Dr. Gina Rosa Wollinger von der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen diskutierten

das Verhältnis von Prävention und krisenhaften Ereignissen – ebenfalls vor dem Hintergrund der gewonnenen Erfahrungen aus der Corona-Pandemie.

Auch die am Nachmittag stattfindende Diskussion zum Thema „Werte und Einstellungen in der Polizei“ war hochkarätig besetzt, unter anderem mit Landespolizeipräsidentin Dr. Stefanie Hinz und Prof. Thomas Mößle von der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg. Darüber hinaus informierten verschiedenste Präventionsakteure aus dem Gastgeber-Land die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Vorträgen und an ihren Informationsständen zu aktuellen Präventionsangeboten.

Vertreten waren das Landespolizeipräsidium mit der Gemeinsamen Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention sowie dem Zukunftsnetzwerk Innere Sicherheit, das Landeskriminalamt Baden-Württemberg, unter anderem mit dem Kompetenzzentrum gegen Extremismus (konex), die Polizeipräsidien Mannheim und Ravensburg, das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz und die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK).

Auch polizeiliche Partnerinnen und Partner der Gendarmerie Nationale aus Frankreich und des österreichischen Bundeskriminalamts nahmen an der Veranstaltung teil.

Nach dem offiziellen Programm bot sich bei der Abendveranstaltung im Luisenpark die Möglichkeit, den ersten Tag angenehm ausklingen zu lassen. Neben der Gelegenheit zum informellen Austausch und zur Vernetzung sorgten künstlerische und musikalische Beiträge für einen stimmungsvollen Abschluss. Als musikalisches Feuerwerk begeisterte der gemeinsame Auftritt des Landespolizeiorchesters mit der Band Audiodam!, einer Gruppe, die der Mannheimer Popakademie entstammt.

Ein Höhepunkt des darauffolgenden zweiten Kongresstages war die Verleihung des Kinderschutzpreises. Die Initiative der Deutschen Kinderschutzstiftung Hänsel+Gretel ehrte den ehemaligen Spitzensportler Jan Hempel und das Autorenteam um Hajo Seppelt, Arne Steinberg, Josef Opfermann und Bettina Malter für ihre ARD-Dokumentation „Missbraucht – Sexualisierte Gewalt im deutschen Schwimmsport“.

Die Auszeichnung unterstreicht die Bedeutung von Prävention zum Schutz von Kindern in unserer Gesellschaft.

Abseits der zahlreichen Diskussionen, Workshops und Vorträge gaben pädagogische Theaterprojekte mehreren Schulklassen und ihren Lehrkräften wichtige Anregungen zur Gewaltprävention, gegen Cybermobbing und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

„Prävention ist unverzichtbar für ein sicheres Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Im Verbund mit unseren vielen Partnerinnen und Partnern wird die Polizei Baden-Württemberg auch weiterhin eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung von Präventionsprojekten spielen. Der Deutsche Präventionstag ist dabei ein wichtiger Impulsgeber für unsere Arbeit“, betonte Landespolizeipräsidentin Dr. Hinz.

Auch der Stv. Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl würdigte die Veranstaltung: „Angesichts des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine, der Corona-Pandemie und des Klimawandels sind wir mehr denn je gezwungen, uns mit Krisen jedweder Art auseinanderzusetzen. Gerade deshalb muss es unser Anspruch sein, über die bloße Bewältigung aktuell anstehender Krisen hinauszudenken. Es ist unabdingbar, anbahnende Krisen möglichst frühzeitig zu erkennen und Krisen bestenfalls zu verhindern oder ihre Auswirkungen abzuschwächen. Das kann nur gemeinsam gelingen, denn Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

Der Deutsche Präventionstag:

- weltweit größter Jahreskongress für Kriminalprävention
- mit 135 Ausstellenden und Referierenden und
- 235 Vorträgen
- Teilnahme von über 490 Schülerinnen und Schülern an Theaterprojekten sowie
- insgesamt über 2.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern

Recht aktuell

„Die Rechtsprechung zur Eignung im Rahmen der Einstellung in den öffentlichen Dienst: Vom „Radikalenerlass“ im Jahr 1972 bis zur Gegenwart“

Beamtinnen und Beamte stehen in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis zum Staat. Sie üben hoheitsrechtliche Befugnisse aus. In diesem Zusammenhang ist die in Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz (GG), § 33 Absatz 1 Satz 3 Beamtenstatusgesetz (BeamStG) verankerte Verfassungstreuepflicht von zentraler Bedeutung für das Beamtenverhältnis. Beamtinnen und Beamte müssen sich durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten. Die Verfassungstreuepflicht stellt eine beamtenrechtliche Kernpflicht dar und ist nicht auf das dienstliche Handeln beschränkt. Auch außerhalb des Dienstes sind Beamtinnen und Beamte zu verfassungstreuem Verhalten verpflichtet.

Die maßgebliche Vorschrift, anhand der zu bemessen ist, wer für eine Einstellung in den öffentlichen Dienst in Betracht kommt, ist Artikel 33 Absatz 2 GG. Jedem Deutschen wird hierdurch ein grundrechtsgleiches Recht auf gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung gewährt. Zur persönlichen Eignung gehört auch die Verfassungstreue.

Der Begriff der Verfassungstreue ist gesetzlich nicht ausdrücklich definiert. Durch den sogenannten „Radikalenerlass“ im Jahr 1972 wollten der Bund und die Länder einheitliche Anforderungen an die Verfassungstreue festlegen und darüber hinaus jeden Einzelfall einer intensiven Prüfung unterziehen. Dies führte dazu, dass bei jeder Bewerberin und jedem Bewerber für den öffentlichen Dienst eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz gestellt wurde. Die genaue Anzahl an durchgeführten Abfragen beim Verfassungsschutz ist umstritten. Nach fundierten Schätzungen wurden aber ca. 1,3 Millionen Anfragen gestellt. Resultierend daraus kam es zu rund 1.000 Ablehnungen bzw. Entlassungen.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem „Extremistenbeschluss“ vom 22. Mai 1975 (vgl. BVerfGE 39, 334, 349) diese Vorgehensweise nicht nur als rechtmäßig

bestätigt, sondern auch näher ausgeführt, dass eine reine „Treue zum Staat“ nicht ausreicht, sondern Beamtinnen und Beamte sich vielmehr aktiv zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen müssen:

„Die politische Treuepflicht [des Beamten] fordert mehr als nur eine formal korrekte, im Übrigen aber uninteressierte, kühle, inhaltlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie fordert vom Beamten insbesondere, dass er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanzieren, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren. Vom Beamten wird erwartet, dass er diesen Staat und seine Verfassung als einen hohen positiven Wert erkennt und anerkennt, für den einzutreten sich lohnt“.

Die Regelanfrage beim Verfassungsschutz bei Bewerbungen für den öffentlichen Dienst war und ist politisch umstritten. Der Bund sowie eine erhebliche Anzahl an Ländern haben den Erlass daher im Jahr 1979 außer Kraft gesetzt. Der Freistaat Bayern schaffte ihn als letztes Bundesland im Jahr 1991 ab. Zum Teil wurde seitens der Kritiker angeführt, dass das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung seinerzeit überstrapaziert worden sei. In den vergangenen Jahren haben trotz der damaligen Kritik einzelne Länder die Regelanfrage beim Verfassungsschutz wiedereingeführt.

Im Zusammenhang mit Einstellungen in den öffentlichen Dienst verwendet die Rechtsprechung die Kategorie der „charakterlichen Eignung“ als Unterfall der persönlichen Eignung. Insbesondere strafrechtlich relevante Vorkommnisse und Verfassungsuntreue können dabei eine fehlende charakterliche Eignung zum Ausdruck bringen und so einer Einstellung in den öffentlichen Dienst entgegenstehen.

Allgemein kann festgehalten werden, dass insbesondere bei Einstellungen für den Polizeivollzugsdienst besonders hohe Anforderungen an die charakterliche Stabilität der Bewerberinnen und Bewerber gestellt werden dürfen, da die Verhinderung sowie Verfolgung von Straftaten zu den Kernaufgaben des Polizeivollzugsdienstes gehören (vgl. VGH BW, Beschlüsse vom 27. November 2008, Az.: 4 S 2332/08, und vom 10. März 2017, Az.: 4 S 124/17). Im Zusammenhang mit strafrechtlichen Vorkommnissen hat die Rechtsprechung entschieden, dass das Führen eines Kraftfahrzeugs unter

Drogeneinfluss eine charakterliche Eignung ausschließt, auch wenn dieses Verhalten lediglich mit einem Bußgeld und einem einmonatigen Fahrverbot geahndet wurde (vgl. OVG NRW, Beschluss vom 25. Januar 2022, Az.: 6 A 857/20). In der neueren Rechtsprechung wurde es ebenfalls als rechtmäßig angesehen, einen Bewerber für den Polizeivollzugsdienst abzulehnen, der Straftaten gegen das Eigentum begangen hat (vgl. OVG Schl.-H., Beschluss vom 18. März 2020, Az.: 2 MB 15/19). Besonders schwierig gestaltet sich in diesem Kontext im konkreten Fall die rechtliche Bewertung der Frage, ob einmaliges Fehlverhalten in Form einer „Jugendsünde“ Zweifel an der charakterlichen Eignung begründen kann. Insbesondere müssen in diesen Fällen das Alter bei der Tatbegehung, der zeitliche Abstand zur Tat sowie die seither vollzogene Persönlichkeitsentwicklung angemessen berücksichtigt und gewichtet werden (vgl. VGH BW, Beschluss vom 30. September 2022, Az.: 4 S 2577/19).

Nach § 7 Absatz 1 Nr. 2 BeamtStG darf eine Bewerberin oder ein Bewerber nur in das Beamtenverhältnis berufen werden, wenn Gewähr dafür geboten wird, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten. Nach der Rechtsprechung kann einer Bewerberin oder einem Bewerber die Einstellung in den öffentlichen Dienst insbesondere verweigert werden, wenn sie oder er der sogenannten „Reichsbürgerszene“ zugehörig ist. Hierfür ist ausreichend, dass die Existenz der Bundesrepublik Deutschland dadurch geleugnet wird, indem in einem Antrag auf Erteilung eines Staatsangehörigkeitsausweises durchgehend „Königreich Bayern“ anstatt „Bundesrepublik Deutschland“ als Geburts- und Wohnsitzstaat angegeben wird (vgl. BVerwG, Urteil vom 2. Dezember 2021, Az.: 2 A 7.21). Darüber hinaus werden Zweifel an der charakterlichen Eignung auch durch nationalsozialistische, rechtsradikale, gewaltverherrlichende oder frauenverachtende Äußerungen begründet. Ein zustimmendes Kommentieren diesbezüglicher Nachrichten von Dritten in Chatgruppen kann ebenfalls einer Einstellung in den öffentlichen Dienst entgegenstehen (vgl. VGH BY, Urteil vom 19. August 2021, Az.: 6 CS 21.1910).

Aufgrund der besonderen Pflichtenstellung von Beamtinnen und Beamten ist es von grundlegender Bedeutung, sich der Treuepflicht im Voraus zu vergewissern. Es gehört zu den Kernpflichten, dass Beamtinnen und Beamte für die freiheitlich demokratische Grundordnung einstehen und sich aktiv hierzu bekennen. Aus diesem Grund ist eine sorgfältige Bewerberauswahl unerlässlich.

Aus dem Landespolizeipräsidium

Clip, Klick, Licht – Mobile Leuchten für die Polizei Baden-Württemberg

2.30 Uhr in einer regnerischen Nacht. Über Notruf wird ein Verkehrsunfall auf einer Landstraße in einem Waldstück gemeldet. Eine Streife trifft kurze Zeit später an der Örtlichkeit ein. Zum Glück wurde niemand verletzt. Einer der Beamten nimmt Führerschein und Fahrzeugpapiere der beiden beteiligten Fahrer entgegen. Gleichzeitig betätigt er mit der freien Hand einen Knopf an einem kleinen Gegenstand an seiner Uniform, woraufhin dieser hell aufleuchtet.

Die Frage „Wofür braucht die Polizei das denn?“ ist allein anhand dieses Beispiels schnell beantwortet. Rund 9.100 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Baden-Württemberg wurden im Mai dieses Jahres mit sogenannten Lese- und Dokumentenprüfclipleuchten ausgestattet. Diese ermöglichen es ihnen unter anderem Schriftstücke auszuleuchten oder Dokumente und Geldscheine zu überprüfen.

Die Wahl fiel dabei auf ein Modell, das dank Clip und Befestigungsschleife an der Bekleidung angebracht werden kann. Zusätzlich sorgt ein Magnet auf der Rückseite dafür, dass es an metallischen Oberflächen haftet. Damit bleiben die Hände etwa für Notizen oder zur Eigensicherung frei.

Außerdem verfügt der neue Ausrüstungsgegenstand der Polizei Baden-Württemberg über drehbare Leuchtelemente und verschiedene Leuchtmodi für Dauer- oder Blinklicht. Ein UV-Lichtmodul, mit dem Sicherheitsmerkmale amtlicher Ausweise oder Geldscheine direkt vor Ort überprüft werden können, rundet die Funktionen ab.

Auch wenn die wasserdichten und stoßresistenten Clipleuchten mit rund 70 Gramm echte Leichtgewichte sind, verfügen sie dennoch über ordentlich Power: So kommen sie auf eine Leuchtweite von bis zu 47 Metern und haben – je nach verwendetem Lichtmodus – eine Akkulaufzeit von zwei bis zehn Stunden. Und dank einem Ein-Knopf-System lassen sie sich zudem sehr einfach bedienen.

Mit den Clipleuchten wurden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ausgestattet, die vor allem mit Kontroll- und Fahndungsaufgaben beauftragt sind. Das sind unter anderem alle Organisationseinheiten im Wechselschichtdienst, Fahndungs- und Festnahmeeinheiten der Schutz- und Kriminalpolizei sowie stehende Einsatzeinheiten bei den regionalen Polizeipräsidien und des Polizeipräsidiums Einsatz.

Bei der symbolischen Übergabe der Leuchten an Kolleginnen und Kollegen des Polizeipräsidiums Stuttgart am 24. Mai sagte der Stv. Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl:

„Licht an! Mit den neuen Clipleuchten erhalten unsere Polizistinnen und Polizisten einen flexiblen Helfer in der Nacht oder bei schlechten Lichtverhältnissen und können so Schriftstücke oder amtliche Dokumente leichter überprüfen. Mit der integrierten UV-Lichtfunktion können Fälschungsmerkmale an Ort und Stelle erkannt und kriminelles Handeln schneller und effektiver aufgedeckt werden.“

Ladekabel statt Leine – Roboterhund soll zukünftig Spezialkräfte unterstützen

Der Schlossgarten in Stuttgart ist bei Mensch und Tier gleichermaßen beliebt. Eine schnelle Runde mit dem Hund Gassi gehen, Stöckchen apportieren oder gleichgesinnte Zwei- und Vierbeiner treffen – im Park im Herzen der Landeshauptstadt ist all das möglich und Hunde gehören zum gewohnten Bild.

Am 27. April 2023 sorgte ein Hund der etwas anderen Art für staunende Gesichter und viel Aufsehen bei den Parkbesuchern. An diesem Tag übergab der Stv. Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl im Schlosspark der Direktion Spezialeinheiten beim Polizeipräsidium Einsatz offiziell ein neues Einsatzmittel: Den Roboterhund „Spot“. Der Hightech-Helfer auf vier Beinen durfte bei der Veranstaltung mit Medienvertretungen und Passanten gleich sein Können demonstrieren und einen Parcours absolvieren.

Dank modernster Technik wie 3D-Hinderniserkennung und einer Vielzahl an Sensoren kann sich „Spot“ auch in schwierigem Gelände und im urbanen Umfeld mühelos fortbewegen. Auch Treppenstufen sind kein Hindernis für den Hightech-Roboter. Vier Kameras sorgen für eine 360 Grad-Rundumsicht und dafür, dass „Spot“ auch ohne Sichtkontakt mittels Fernsteuerung sicher gelenkt werden kann.

Darüber hinaus verfügt das Modell, das bei der Polizei Baden-Württemberg erprobt wird, über einen flexiblen Greifarm mit einer weiteren Kamera und einer zusätzlichen Beleuchtung. Mit diesem Greifarm kann der Roboterhund zum Beispiel Gegenstände aufnehmen, Schalter umlegen oder Türen öffnen.

All das macht „Spot“ insbesondere bei Einsatzlagen mit hohem Gefährdungspotential für Einsatzkräfte zum nützlichen Helfer. Ob nun zur Aufklärung eines Grundstücks oder Gebäudes, bei der Suche nach Sprengfallen oder zur Einschätzung der Risiko- oder Gefahrenlage – mit dem maximal rund 5,5 Stundenkilometer schnellen Robodog kann all das aus sicherer Distanz erfolgen. „Spots“ Akku hält dabei rund eine Stunde, bevor er für circa 50 Minuten aufgeladen werden muss.

Das Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei führte im Vorfeld der Beschaffung eine umfangreiche Marktsichtung durch und testete zusammen mit dem Polizeipräsidium Einsatz verschiedene Robotermodelle. Für die besonderen Anforderungen der Spezialeinheiten der Polizei wurde schließlich Spot von der Firma Boston Dynamics ausgewählt. Nun gilt es, den Roboterhund in bestehende Handlungsabläufe und Einsatzsituationen zu integrieren. Hierzu führt das Polizeipräsidium Einsatz intensive Test- und Trainingsläufe durch. Erste Erfahrungen werden voraussichtlich noch diesen Herbst erwartet.

Stv. Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl:

„Die Spezialeinsatzkräfte der Polizei Baden-Württemberg sind bundesweit die ersten, die einen Roboter-Hund als neues, hochmodernes Einsatzmittel erhalten. Das zeigt wieder einmal: Die Polizei Baden-Württemberg setzt auf modernste Ausrüstung. Überall dort, wo es für unsere Spezialeinsatzkräfte entweder zu gefährlich oder der Einsatzort unzugänglich ist, kommt ‚Spot‘ zukünftig zum Einsatz.“

Aus JugIT wird BajuS - Bekämpfung der Kinder- und Jugenddelinquenz

Mit BajuS wird nach über zwanzig Jahren das bisherige Programm für jugendliche Intensivtäter, JugIT, bei der Polizei Baden-Württemberg abgelöst. BajuS steht für „Besonders auffällige junge Straftäterinnen und Straftäter“ und stellt eine bedeutende Weiterentwicklung von JugIT dar. Es soll mit der neuen Führungs- und Einsatzanordnung Jugendkriminalität zum 1. Oktober dieses Jahres landesweit in Kraft treten. Wir stellen die wichtigsten Neuerungen vor.

Das Initiativprogramm JugIT wurde im August 1999 unter Beteiligung von Polizei, Jugendämtern und Justiz entwickelt und wird seither landesweit angewendet. Wesentliches Ziel ist es, mit einem individuell ausgerichteten Maßnahmenbündel täterorientierte Prävention bzw. Intervention zu betreiben und weitere Straftaten der jugendlichen Intensivtäter zu verhindern.

Nach über 20 Jahren Echtbetrieb entschied das Landespolizeipräsidium, die bestehenden Regelungen einer grundsätzlichen Überprüfung zu unterziehen. In der Folge wurde die Arbeitsgruppe Jugendkriminalität (AG JuKrim) eingerichtet, deren 16 Mitglieder aus der Schutz- und Kriminalpolizei insgesamt 13 Empfehlungen zur besseren Bekämpfung der Jugendkriminalität erarbeiteten.

Jahreszahlen 2022 (für Baden-Württemberg):

- JugIT: 377
- Schwellentäter: 219

Was ändert sich durch BajuS?

Neue Kategorien:

JugIT und die Vorstufe Schwellentäter werden im neuen Programm BajuS zusammengeführt. Sie werden künftig in der Kategorie Gelb (ehemals Schwellentäter) und Orange (ehemals JugIT) erfasst. Zudem werden in der Kategorie

Rot Personen mit einem herausragenden Gefahrenpotenzial abgebildet (Hochrisikopersonen bzw. Systemsprenger).

Weg von der quantitativen hin zur qualitativen Betrachtung

Bisherige JugIT-Kriterien:

- Für die Prüfung zur Einstufung einer Person als JugIT wurden bislang folgende Kriterien herangezogen:
- Kinder: zehn Delikte oder drei Gewaltdelikte
- Jugendliche: 20 Delikte oder fünf Gewaltdelikte

Die bisherigen JugIT-Kriterien waren primär quantitativ, das heißt, es wurde hauptsächlich die Anzahl der Fälle betrachtet. Sie werden im neuen Programm durch ein Scoring-Verfahren abgelöst, das die individuelle Tathandlung von Kindern und Jugendlichen entsprechend gewichtend berücksichtigt. Konkret bedeutet das: Delikte werden orientiert am Strafraum mittels Punkten bewertet, sodass beispielsweise eine gefährliche Körperverletzung mit einem höheren Punktwert versehen wird als ein Ladendiebstahl.

Im Anschluss wird die Tathandlung selbst bewertet. Wurde beispielsweise die gefährliche Körperverletzung mit einem Messer begangen, erhöht sich der Punktwert zusätzlich. Ebenso wird die Verletzung der Opfer – von leicht verletzt bis hin zu tödlich verletzt – berücksichtigt. Damit rücken diejenigen Kinder und Jugendlichen schneller in den Fokus, deren Verhalten gerade nicht durch sogenannte Bagatelldelikte gekennzeichnet ist, sondern die sich von Anfang an im Bereich der mittleren Kriminalität bewegt.

Verbesserte Betreuung

Jugendsachbearbeiterinnen und Jugendsachbearbeiter der Polizei werden künftig als feste, zentrale Ansprechpersonen bestimmt. Zudem sorgt ein Maßnahmenkatalog mit vielseitigen Handlungsmöglichkeiten für einen hohen Betreuungsstandard. Die landesweit definierten Maßnahmen reichen von Erstgesprächen mit der betroffenen

Person und deren Eltern über die Einbeziehung anderer Stellen bis hin zu anlassbezogenen Fallkonferenzen.

Ausbau der interdisziplinären Zusammenarbeit

Neben den bereits bestehenden Fachkoordinatorinnen und Fachkoordinatoren bei den Kriminalpolizeidirektionen werden ergänzend landkreisbezogen regionale Ansprechpersonen bei den Kriminalkommissariaten benannt. Hierdurch ist ein verbessertes Zusammenwirken sowohl innerhalb der Polizei als auch mit den weiteren beteiligten Stellen wie Staatsanwaltschaft und Jugendamt möglich.

Vorteile von BajuS

Das Programm BajuS bietet ein Stufenmodell, mit dem wiederholt oder schwerwiegend straffällig gewordene junge Menschen frühzeitig erkannt werden können. Dabei liegt der Fokus auf der Qualität des straffälligen Verhaltens.

Kinder und Jugendliche werden künftig mit aufeinander aufbauenden Kategorien landesweit einheitlich in den Fokus genommen. Dadurch können letztlich notwendige Maßnahmen mit beteiligten Akteuren wie Staatsanwaltschaft und Jugendamt besser abgestimmt werden. Das stärkt insbesondere auch das Verständnis aller betroffenen Stellen und Institutionen zum Umgang mit diesen Personengruppen.

Ziel ist es, eine kriminelle Karriere erst gar nicht entstehen zu lassen oder sie mit aller Konsequenz zu stoppen.

Von wegen Katzenfotos – Instagram-Beitrag zum Thema Schwertransport knackt die 1-Million-Marke

Gemeinhin gilt, dass mit lustigen Katzenfotos oder -videos große Reichweiten in den Sozialen Medien erreicht werden können. Unsere Social-Media-Teams der Polizei BW greifen aber auch zu anderen Mitteln und sind damit immer wieder sehr erfolgreich. So schaffte es ein Beitrag zur Sicherheit von Schwertransporten auf Instagram auf über 1,3 Millionen Wiedergaben. Auch andere Beiträge konnten glänzen und zum Teil mehrere hunderttausend Personen erreichen.

Hier eine Auswahl besonders erfolgreicher Instagram-Beiträge der letzten Zeit. Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann folgen Sie uns auf [polizei_bw](#) und [karriere.polizei.bw](#).

1. Spot

„Willkommen im Team - Unser neuer Laufroboter „Spot“ soll in Zukunft die Arbeit unserer Spezialeinheiten sicherer machen. Er soll dann z.B. Aufgaben in Gefahrenbereichen erledigen, in denen unsere Kolleginnen und Kollegen zu Schaden kommen könnten.

„Spot“ ist mit einiger Technik und einer Vielzahl an Sensoren ausgestattet. Mit seinem vierbeinigen Fortbewegungsapparat kann er sich in schwierigem Gelände oder urbanen Umfeld mit Hindernissen problemlos fortbewegen. Auch Treppen oder Absätze sind kein Problem für ihn.

Der am Roboterkörper installierte Greifarm kann flexibel eingesetzt werden und beispielsweise Gegenstände aufnehmen, Schalter umlegen oder Türen öffnen.

Aktuell befindet sich der Hund noch „in Ausbildung“. Fallen Euch noch mehr Aufgaben ein, die „Spot“ in Zukunft erledigen könnte?“

Dieser Beitrag wurde 558.375 mal wiedergegeben.

2. Schwertransporte

„Sie sind schwer, sie sind breit, sie sind langsam - und wir haben sie im Blick. Die Rede ist von: Schwertransporten!

Wenn große Boote, Windräder, Häuser und vieles mehr quer durchs Ländle gefahren werden, haben wir ein Auge darauf, dass die Ungetüme heil durch die Straßen kommen und Ihr mit Eurem Auto, Fahrrad, Roller oder zu Fuß nicht gefährdet werdet.

Bevor es losgeht, checken wir natürlich alle Sicherungen des Transportstücks und prüfen alle Details zum Transport.

Seit 2017 übernimmt die Polizei aber nicht mehr alleine diese Aufgabe.

Auch qualifizierte Privatunternehmen können die Erlaubnis erhalten, Schwertransporte abzusichern.

Wann seid Ihr das letzte Mal einem Schwertransport begegnet?“

Dieses Reel erreichte sogar 1.396.755 Wiedergaben.

3. Care don't share

„#caredontshare Ihr seid stolz auf den Nachwuchs und würdet das am liebsten mit der ganzen Welt teilen? Kinderbilder gehören nicht ins Internet.

Ihr könnt hier nie zu 100% sicher sein, wer das Bild sieht, sich eventuell eine Kopie davon erstellt und was dann mit dem Bild passiert.

Es gibt Profile und Seiten, die Kinderbilder sammeln, gezielt verbreiten und in einen sexualisierten Kontext stellen. Aufnahmen bekleideter Kinder können z.B. so umgestaltet werden, dass sie leicht bekleidete oder gar nackte Kinder abbilden.

Kinder haben außerdem, unabhängig vom Alter, eigene Persönlichkeitsrechte und damit auch ein Recht am eigenen Bild.

Das heißt, dass jeder Mensch grundsätzlich selbst darüber entscheiden darf, ob ein Bild von ihm veröffentlicht wird oder nicht. Bei Kindern, die jünger als 14 Jahre alt sind, tragen die Erziehungsberechtigten diese Verantwortung.

Geht bewusst und rücksichtsvoll mit den Persönlichkeitsrechten von Kindern im Internet um. In allen Fällen sollte der Schutz des Kindes im Vordergrund stehen.

Weitere Videos der Kampagne unserer Polizeipräsidien Pforzheim und Aalen findet Ihr auf Facebook unter #caredontshare

Und falls es schon zu spät ist und Ihr Hilfe sucht, sind wir rund um die Uhr für Euch da, auf dem Revier oder über unsere Internetwache.“

Das Video wurde 640.220 mal angeschaut.

4. Adrian auf dem Southside

Der Beitrag begleitete Praktikant Adrian bei seinem Einsatz auf dem diesjährigen Southside-Festival in Neuhausen ob Eck.

„Als ob wir Spaß haben an der Arbeit!?

Adrian: Ja.

Klar sind Einsätze auf einem Festival eher selten im Praktikum - aber es gibt sie.

Unser Polizeiobermeisteranwärter Adrian ging am Ende des Tages definitiv #happy ins Bett. #Traumjob

Mehr zur Arbeit der #PolizeiBW auf #Festivals seht ihr dann morgen.“

Dieser Beitrag wurde 246.746 mal wiedergegeben.

5. Interview Laufbahnprüfung

Im Interviewstil berichteten verschiedene Kolleginnen und Kollegen in diesem Beitrag, wie sie ihre damalige Laufbahnprüfung erlebt haben.

„Kaum zu glauben, aber morgen starten schon die schriftlichen Laufbahnprüfungen für unsere Frühjahrseinstellungen 2021!

Los geht's mit dem Leitthema Kriminalitätsbekämpfung. Am Montag geht's weiter mit Verkehrsunfallaufnahme/-überwachung und am Mittwoch dann Streife als letztes Leit- und Prüfungsthema.

Die mündlichen Prüfungen finden dann Anfang August statt.

Wenn alles klappt, dann dürfen wir Ende August über 250 Polizeiobermeisterinnen und Polizeiobermeister ernennen.

Also: Bitte einmal Daumendrücken für unsere Nachwuchskräfte.“

Das Interview erreichte 59.080 Wiedergaben.

6. Hubschrauber statt Dienstwagen

Mit diesem Beitrag wurden auf humorvolle Art Berufsinteressierte angesprochen.

„Wer hat, der hat.

Egal was Dich zu einer Ausbildung oder zu einem Studium bewegt: Wir #PolizeiBW sind für Dich da!

Checke heute noch unsere neue Webseite www.karriere.polizei.de und informiere Dich über den #Polizeiberuf in #BadenWürttemberg.“

Der Beitrag kam auf 74.880 Wiedergaben.

Individualkennzeichnung für stehende geschlossene Einheiten

Mit der Einführung der Individualkennzeichnung bei der Polizei Baden-Württemberg wurde eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien von Baden-Württemberg umgesetzt. Hier die wichtigsten Informationen zur sogenannten „Kennzeichnungspflicht“:

Warum eine Kennzeichnung?

Angehörige stehender geschlossener Einheiten sind insbesondere bei Einsatzlagen mit dynamischer Lageentwicklung aufgrund ihrer Ausrüstung (z.B. Einsatzhelm, ggf. Flammenschutzhaube) kaum voneinander zu unterscheiden. Dies kann im Einzelfall dazu führen, dass Einsatzkräfte durch die Bevölkerung bzw. von Eingriffsmaßnahmen betroffene Personen schwer zu identifizieren sind. Mit der pseudonymen Kennzeichnung ist bei Bedarf eine individuelle Zuordnung der Einsatzkräfte und damit eine transparente Aufklärung von streitbaren Sachverhalten möglich. Mit der Kennzeichnung soll dem Wunsch nach größtmöglicher Transparenz polizeilichen Handelns entsprochen und gleichzeitig aber auch insbesondere die Persönlichkeitsrechte der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in bestmöglichem Umfang geschützt werden.

Für wen gilt die Individualkennzeichnung?

Die Kennzeichnung gilt ausschließlich für stehende geschlossene Einheiten und damit für rund 1.640 Beamtinnen und Beamte. Neben dem Polizeipräsidium Einsatz gehören dazu auch die Einsatzhundertschaften Mannheim (inklusive Einsatzzug Karlsruhe) und Stuttgart. Alarmhundertschaften sind von der Regelung explizit ausgenommen.

Wann soll die Kennzeichnung getragen werden?

Grundsätzlich soll die Kennzeichnung bei Einsätzen ab Zug- bzw. Einheitsstärke getragen werden. Davon kann abgewichen werden, wenn der Einsatzanlass keine dynamische Lageentwicklung erwarten lässt und eine Identifizierung der Einsatzkräfte durch Ausrüstung (bspw. Helm, Flammenschutzhaube) nicht erschwert wird. Über die Anwendung der Ausnahmeregelung entscheidet die jeweilige

Polizeiführung. Wenn anstelle der Einsatzbekleidung die Uniform getragen wird, entfällt die Kennzeichnungspflicht.

Wie sieht die Kennzeichnung aus und wo wird sie angebracht?

Die Kennzeichnung setzt sich aus dem Länderkürzel BW und einer fünfstelligen Nummernfolge zusammen. Sie wird als Klettschild an der Oberbekleidung (Einsatzanzug bzw. Einsatzoverall der BFE, Regenüberwurfjacke, KSA und taktische Einsatzweste) angebracht. Dafür wurden in den letzten Monaten an rund 8.850 Bekleidungssteilen Flauschstreifen aufgenäht.

Wie werden die Polizeikräfte vor Missbrauch geschützt?

Jede Beamtin und jeder Beamte erhält jeweils drei unterschiedliche und nach dem Zufallsprinzip persönlich zugeteilte Kennzeichnungen. Vor dem Einsatz kann eines der Schilder frei ausgewählt werden. Die Kennzeichnungen sind in einer Datenbank mit einem fest hinterlegten Rechte-/Rollenkonzept hinterlegt. Personenbezogene Daten dürfen aus der Datenbank nur herausgegeben werden, wenn Anhaltspunkte für eine strafbare Handlung oder eine nicht unerhebliche Dienstpflichtverletzung vorliegen. Anfrageberechtigt sind ausschließlich die Dienststellenleitungen oder Vertretungen im Amt der regionalen Polizeipräsidien, des Polizeipräsidiums Einsatz oder des Landeskriminalamts Baden-Württemberg.

Ab wann gilt die Kennzeichnungspflicht?

Nachdem der Landtag Ende Juni eine entsprechende Änderung des Landesbeamtengesetzes Baden-Württemberg beschlossen hat, ist das Gesetz Anfang Juli in Kraft getreten. Die Umsetzung der Kennzeichnung kann daraufhin aufgrund der umfangreichen Vorbereitungsmaßnahmen voraussichtlich im Herbst 2023 erfolgen.

Eine entsprechende Verwaltungsvorschrift wird weiteres zu Inhalt, Umfang und Ausnahmen der gesetzlichen Regelung enthalten. Begleitet werden soll diese Verwaltungsvorschrift durch eine Dienstanweisung, welche die Regelungen für die von der Kennzeichnungspflicht betroffenen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ausführlich beschreiben soll.

Einsatzgruppen des SEK zum Gespräch im Landespolizeipräsidium

20. April 2022, Boxberg. Polizeikräfte sollen ein Wohnobjekt durchsuchen. Einem der Bewohner, der der Reichsbürgerszene zuzuordnen ist, wurde durch die zuständige Behörde seine Waffenbesitzerlaubnis entzogen. Da er nach Aufforderung weder Waffen noch Munition abgegeben hat, sollen die Gegenstände beschlagnahmt werden. Als sich Spezialkräfte annähern eröffnet der Täter unvermittelt das Feuer und trifft einen SEK-Beamten in die Beine.

22. März 2023, Reutlingen. In einem Ermittlungskomplex in der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene wird das Spezialeinsatzkommando zu einer Durchsuchungsmaßnahme hinzugezogen. Als die Beamten das Objekt betreten wollen, kommt es zu einem Schusswechsel. Dabei wird ein SEK-Beamter am Arm getroffen.

Angriffe mit Schusswaffen gegen Polizeikräfte sind in Baden-Württemberg glücklicherweise sehr selten. Dennoch zeigen die beschriebenen zwei Einsätze, dass damit auch hierzulande bei polizeilichen Einsätzen stets zu rechnen ist. Sowohl in Boxberg als auch in Reutlingen haben das professionelle taktische Vorgehen der eingesetzten Kräfte des Spezialeinsatzkommandos sowie deren spezielle Schutzausstattung noch schlimmere Ausmaße verhindert. Dies verdeutlicht einmal mehr, wie wichtig eine gute Aus- und Fortbildung, Ausstattung sowie die stetige Weiterentwicklung der Polizei auf strategischer, operativer und technischer Ebene ist. Darüber waren sich auch die Teilnehmenden eines Treffens zwischen Angehörigen des SEK und der Leitungsebene des Landespolizeipräsidiums im Mai einig.

Landespolizeipräsidentin Dr. Stefanie Hinz hatte die Einsatzgruppen des SEK, die in Boxberg sowie in Reutlingen eingesetzt waren, gemeinsam mit ihrer Kommandoführung und Präsidiumsleitung zu diesem Austausch in das Landespolizeipräsidium eingeladen. Gesprochen wurde dabei auch über die generelle Gefahr bei Einsätzen in der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene sowie weitere aktuelle und künftige Herausforderungen bei polizeilichen Einsatzlagen. Als Vorsitzende der Polizeistiftung überreichte die Landespolizeipräsidentin zudem den

beiden bei den Einsätzen durch Schüsse verletzten Einsatzbeamten eine finanzielle Zuwendung.

„Boxberg und Reutlingen zeigen, wie gefährlich Einsätze für die Polizei sein können. Es ist gut, dass wir auf die hohe Kompetenz und das professionelle Engagement unseres Spezialeinsatzkommandos in diesen besonderen Gefahrensituationen vertrauen können. Dafür spreche ich allen meinen Dank und meine Anerkennung aus.“

Landespolizeipräsidentin Dr. Stefanie Hinz

„Bewaffnete Täter stellen unsere Kolleginnen und Kollegen bei den Präsidien und dem LKA täglich vor Herausforderungen. Mit speziellen Taktiken und Einsatzmitteln stehen die Spezialeinheiten jederzeit zur Unterstützung bereit. Dabei motivieren uns, gerade auch bei gravierenden Einsatzfolgen, unser besonderer Teamzusammenhalt, die Rückmeldungen der Kolleginnen und Kollegen und das Vertrauen in uns.“

Kriminaldirektor Hartmut Keil, Kommandoführer SEK Baden-Württemberg

Verkehr

Ohne Münzen oder Scheine – bargeldloser Zahlungsverkehr bei der Polizei Baden-Württemberg bald flächendeckend möglich

Auf den Bundesautobahnen wird es schon länger genutzt und hat sich bereits vielfach bewährt: das bargeldlose Bezahlverfahren. Künftig wird auch in weiteren Bereichen der Polizei Baden-Württemberg kein Bargeld für Verwarngelder, Sicherheitsleistungen oder Haft- und Vorführbefehle von Bürgerinnen und Bürgern mehr notwendig sein.

Die Grundlagen hierfür wurden bereits Ende 2021 in dem Projekt „eSolut“ des Landespolizeipräsidiums geschaffen. Mit einer mehrwöchigen Pilotierungsphase bei sieben Organisationseinheiten konnte Mitte 2023 schließlich die finale Projektphase eingeleitet werden. In dieser wurde unter anderem geprüft, ob die Bezahlterminals korrekt programmiert sind und festgelegte Prozesse für die Weiterleitung der Gelder auf die Zielkonten funktionieren.

Daran anschließend begannen die Schulungen der künftigen Anwenderinnen und Anwender in den Polizeirevieren, Verkehrspolizeiinspektionen sowie bei der Wasserschutzpolizei. Ab dem Herbst und bis in die erste Jahreshälfte 2024 werden dann insgesamt 905 mobile Bezahlterminals sukzessive an die Polizeidienststellen ausgeliefert. Begleitet wird der Rollout durch eine entsprechende Dienstanweisung. Darin enthalten sind unter anderem Informationen, in welchen Fällen eine bargeldlose Zahlung überhaupt möglich ist sowie Regelungen zum Datenschutz, zur Vorgangsbearbeitung und zur Aus- und Fortbildung.

Das bargeldlose Bezahlverfahren bietet viele Vorteile: So entfällt für die Kolleginnen und Kollegen der sensible Umgang mit Bargeld. Aufwändige Fahrten mit den Betroffenen zu Geldautomaten gehören der Vergangenheit an; ebenso der Aufwand für die Erfassung im Vorgangsbearbeitungssystem bei Verwarngeldern ohne Verkehrsunfall. Zu guter Letzt werden die Zahlstellen in den Polizeipräsidien entlastet, weil auch für sie der Umgang mit Bargeld reduziert wird.

Die Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs erfolgt über einen externen Dienstleister. Hierbei verfügen die Bezahlterminals über eine spezielle Programmierung für die Polizei Baden-Württemberg. Gelder werden, je nach eingegebenem Zahlgrund, automatisiert auf ein zentrales Konto des Landes, das Konto der Zahlstelle des jeweiligen Polizeipräsidiums oder an das Bundesamt für Logistik und Mobilität (BALM) weitergeleitet. Eine einfache und intuitive Menüführung mit technisch hinterlegten Plausibilitätsprüfungen soll dabei Fehlbuchungen vermeiden. Ein Reporting sorgt dafür, dass Zahlflüsse und mögliche Fehlbuchungen nachvollzogen werden können.

Zum Start der Pilotierung des landesweiten bargeldlosen Zahlungsverkehrs am 19. Juni dieses Jahres fasste Stv. Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl in Neckarsulm die Vorzüge für alle Seiten zusammen:

„Das bargeldlose Bezahlverfahren ist einfach, schnell und sicher. Es ist Bürgerservice auf der einen Seite und eine Arbeitserleichterung für unsere Polizistinnen und Polizisten, aber auch für die Bußgeldstellen, auf der anderen Seite. Deshalb ist es uns wichtig, diesen Service landesweit, auf allen Straßen in Baden-Württemberg, anzubieten.“

Polizeidirektor Timon Kuntz, Leiter des Projekts eSolut, ergänzte:

„Die knapp zweijährige intensive Projektarbeit hat sich gelohnt. Wir freuen uns, dass wir jetzt ein System einführen können, mit dem wir technisch auf der Höhe der Zeit sind und von dem viele Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst spürbar profitieren werden.“

Sport

Sportlerehrung 2023

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte müssen im Dienst tagtäglich Höchstleistungen erbringen. Bei herausfordernden und belastenden Einsatzlagen oder Ermittlungen ist eine psychische und physische Leistungsfähigkeit unverzichtbar. Eine sehr gute Möglichkeit zur Vorbereitung auf diese Situationen, aber auch zum Ausgleich bietet der Sport. Kein Wunder also, dass dieser seit jeher einen hohen Stellenwert in der Polizei Baden-Württemberg genießt und aktiv gefördert wird.

Immer wieder gehen daraus auch Erfolge und Titel auf nationaler und internationaler Ebene hervor. Im vergangenen Jahr nahmen Polizistinnen und Polizisten aus Baden-Württemberg in den Sportarten Fußball, Judo, Leichtathletik, Schießen, Rugby, Fechten, Ringen, Schwimmen, Handball, Ju-Jutsu, Tennis, Radfahren und Crosslauf erfolgreich an Wettkämpfen und Meisterschaften teil.

Der 10. Mai 2023 stand ganz im Zeichen dieser Leistungen. An diesem Tag ehrten Staatssekretär Wilfried Klenk und Landespolizeipräsidentin Dr. Stefanie Hinz in Göppingen insgesamt 33 Polizeisportlerinnen und Polizeisportler bei der traditionellen Sportlerehrung. Im Rahmen des Festaktes gratulierten die beiden den Kolleginnen und Kollegen zu ihren Erfolgen und hoben dabei auch deren bedeutende Rolle als Repräsentantinnen und Repräsentanten der Polizei Baden-Württemberg hervor.

Folgende Sportlerinnen und Sportler wurden geehrt:

Im Ju-Jutsu:

Marco Bartner

Im Radfahren:

Louis Brasda

Im Schießen:

Max Braun, Colin Fix, Anita Mangold, Emanuel Müller, Larissa Weindorf

Im Schwimmen:

Marvin Dahler, Tony Fitterer, Simon Grimm, Maximilian Ziemann

Im Handball

Antje Döll

In der Leichtathletik:

Emma Dörr, Antonia Giesche, Tizian Lauria, Jana Mees, Lena Schenk

Im Crosslauf:

Konstantin Filsinger, Domenik Hahn, Adrian Seibold, Nico Steißlinger

Im Rugby:

Steffi Gruber, Bastian Van der Bosch

Im Ringen

Chiara Hirt, Nico Megerle

Im Fußball:

Lisa Karl, Janina Minge

Im Fechten:

Katharina Kozielski, Carlotta Morandi, Aline Rustler

Im Judo:

Sarah Mehlau, Lea Schmid

Im Tennis:

Stefanie Vohri

Aktuelle Erfolge im Spitzensport

Die Spitzensportlerinnen und Spitzensportler aus den Reihen der Polizei Baden-Württemberg haben in den letzten Monaten einmal mehr ihr Können unter Beweis gestellt. Bei verschiedenen Deutschen, aber auch bei Europäischen Meisterschaften wurden hervorragende Platzierungen erreicht.

Nico Megerle belegte bei den Europameisterschaften der U23-Junioren im Ringen in seiner Gewichtsklasse im Freistil einen bemerkenswerten 7. Platz.

Mit ihrer Mannschaft machte Antje Döll in diesem Jahr das Triple perfekt: Zum dritten Mal in Folge gelang den Handballerinnen der SG BBM Bietigheim beim Deutschen Handball-Pokal der Sieg.

Die Deutschen U20-Meisterschaften im Florett fanden dieses Jahr in Stuttgart und damit als Heimwettbewerb für Aline Rustler und ihr Team statt. Aus dem Wettbewerb gingen die Fechterinnen sehr erfolgreich als Vize-Meisterinnen hervor.

Katharina Kozielski unterlag bei den Deutschen U20-Meisterschaften im Degenfechten in Rüsselsheim erst im Finale und sicherte sich dadurch einen herausragenden 2. Platz.

Bei den Deutschen Meisterschaften im Ringen im Juni überzeugte Dario Dittrich mit tollen Leistungen und schaffte es in seiner Gewichtsklasse auf den 3. Platz. Kurz darauf gelang ihm im Freistil in seiner Gewichtsklasse bei den U20-Europameisterschaften im Ringen in Spanien ein hervorragender 5. Platz.

Auch Chiara Hirt überzeugte bei den Deutschen Meisterschaften im Ringen in Heidelberg und sicherte sich in ihrer Gewichtsklasse die Bronzemedaille.

Einen ausgezeichneten 7. Platz erzielte Carlotta Morandi im Mannschaftswettbewerb bei den Europameisterschaften der U23 im Fechten.

Wir gratulieren allen Spitzensportlerinnen und Spitzensportlern zu ihren Erfolgen!

Baden-Württembergische Erfolge bei den Deutschen Polizeimeisterschaften im Triathlon und Schießen

Bei den 14. Deutschen Polizeimeisterschaften im Triathlon starteten insgesamt 124 Teilnehmende im Rahmen des sogenannten Koberbachtal-Triathlons vom 29. Juni bis 2. Juli im sächsischen Werdau bei besten Bedingungen.

Für die Mannschaft der Damen aus Baden-Württemberg endete der Wettkampf mit einem triumphalen Sieg und damit der Deutschen Polizeimeisterschaft. Die Mannschaft der Herren belegte den 4. Platz.

In der Einzelwertung konnte Alina Würth den 3. Platz erzielen. Ihre Mannschaftskollegin Vivien Bartosch folgte ihr auf Platz 4. Sabrina Beck und Lina Schuchmann belegten die Plätze 6 und 8. Bei den Herren schaffte es Nico Steißlinger auf Platz 7.

Mit insgesamt 16 Teilnehmenden aus den Reihen der Polizei Baden- Württemberg fanden vom 13. bis 16. Juni auf der Anlage am Olympiastützpunkt im thüringischen Suhl die 29. Deutschen Polizeimeisterschaften im Sportschießen statt.

Gleich am ersten Wettkampftag gelangen den Damen- und Herrenmannschaften aus Baden-Württemberg jeweils vierte Plätze.

Im Finale bei der Disziplin Luftgewehr unterlag Larissa Weindorf nur knapp und belegte Platz 2. Teamkollegin Anita Mangold landete auf dem 3. Platz. Bei den Herren schaffte es Colin Fix auf den 2. Platz.

Im Kleinkalibergewehr liegend standen die Zeichen dann ganz auf Gelb-Schwarz. In der Einzelwertung der Damen wurde Larissa Weindorf Deutsche Polizeimeisterin. Mannschaftskollegin Anita Mangold kam auf Platz 3. Bei den Herren ging es für Max Braun dank einem tollen 2. Platz ebenfalls aufs Treppchen. Aufgrund der guten Einzelergebnisse konnte sich Baden-Württemberg außerdem den 3. Platz in der gemischten Mannschaftswertung sichern.

Am zweiten Tag stand der 3-Stellungskampf mit dem Sportgewehr auf dem Programm. Larissa Weindorf war auch hier siegreich und wurde in der Disziplin Kleinkalibergewehr 3x20 Deutsche Polizeimeisterin. Bei den Herren gelang Colin Fix ein hervorragender 2. Platz. In der gemischten Mannschaftswertung schaffte es Baden-Württemberg damit auf Platz 2.

Als Weiteres standen die Luftdruck Wettbewerbe im Team Mixed an. Im Finale mit der Luftpistole erzielte Baden-Württemberg mit Philipp Grimm und Marcella Flatz den 2. Platz.

Auch mit dem Luftgewehr wurde die Mannschaft aus Baden-Württemberg mit Colin Fix und Larissa Weindorf Vizemeister. In der Gesamtwertung der Länder schaffte es Baden-Württemberg dank der tollen Ergebnisse ebenfalls auf den 2. Platz.

Deutsches Team gewinnt Europäische Polizeimeisterschaft im Volleyball der Herren

Gold für Deutschland lautete das Ergebnis der 11. Europäischen Polizeimeisterschaft im Volleyball der Herren in Turin in diesem Juni. Das von der Union Sportive des Polices d'Europe, kurz USPE, veranstaltete Turnier dominierte das deutsche Team bereits in den Vorrundenspielen und konnte sich schließlich im Finale gegen Griechenland den Sieg sichern.

Aus Baden-Württemberg nahmen Niklas Lichtenauer, Polizeipräsidium Reutlingen, und Tobias Merkel, Polizeipräsidium Ravensburg, als Spieler teil. Zudem war Dr. Willy Belizer, Hochschule für Polizei Baden-Württemberg, als Co-Trainer dabei.

Die DPZ-Redaktion gratuliert allen Sportlerinnen und Sportlern zu ihren tollen Leistungen!